



Bürger*innenbrief

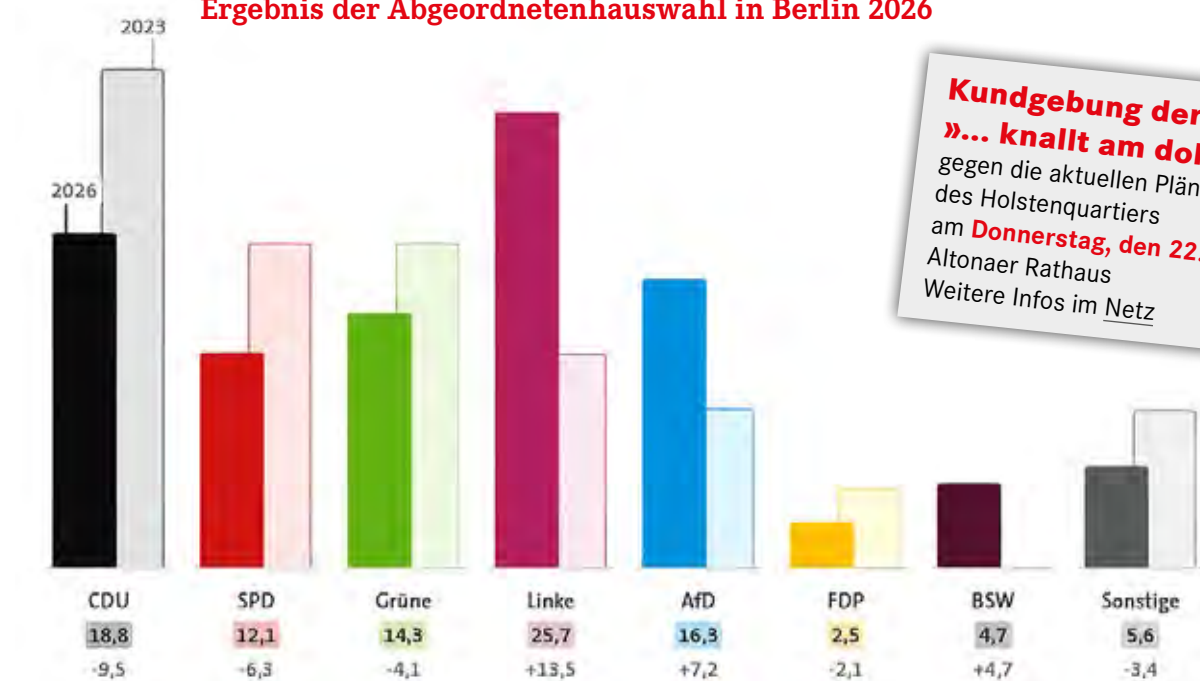
21. Oktober 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft



2. Armuts Gipfel +++ Mietenkataster +++ Der Plaza-Ausblick muss kostenfrei bleiben +++ Alternativmethoden zu Tierversuchen +++ hvv erhöht Preise +++ Maßnahmenprogramm für einen sozialen Klimaschutz +++ DIE LINKE und der Antisemitismus +++ Die Schill-Partei +++ »Recht auf Wohnen« +++ Erinnerung an Zenzl Mühsam

Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2026



**Kundgebung der Initiative
»... knallt am dollsten«**
gegen die aktuellen Pläne der Neubebauung
des Holstenquartiers
am **Donnerstag, den 22.10, 17.00 Uhr,**
Altonaer Rathaus
Weitere Infos im [Netz](#)

Ergebnisse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 gegenüber der vorangegangenen Wahl am 12. Februar 2023
Quelle: Landeswahlleiter (diese und weitere Grafiken zur Wahl [hier](#)).

Liebe Leserinnen und Leser,

die Einleitung im letzten »Bürger*innenbrief« endete mit den Worten, dass wir ja vielleicht schon im nächsten BB, also in dieser Ausgabe, »den Amtsantritt einer ersten linken Landeschefin in Deutschland vermelden können.« Auch wenn das offenbar noch einige Tage auf sich warten lässt, aber die rot-grün-rote Koalition in Berlin zeichnet sich ab. Und was war das für ein Wahlergebnis, das die DIE LINKE da in unserer etwas größeren Bundeshauptstadt am 20. September eingefahren hat: 25,7% der Stimmen, mehr als doppelt so viel, wie bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 2023. Wir freuen uns riesig über diesen Erfolg der Berliner LINKEN, deren Aktionen, Forderungen und Konzepte uns in der jüngeren Vergangenheit oftmals inspiriert haben. Wir

erwähnen hier nur die Initiative der ehemaligen linken Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (2016–2020) zur Einführung eines damals noch gescheiterten Mietendeckels für Berlin.

Sicher, eine LINKE in Koalition wird nicht eins zu eins umsetzen können, was sie im Wahlprogramm stehen hat. Exemplarisch für die Konflikte in den zurzeit noch laufenden rot-grün-roten Verhandlungen sei dafür das Agieren der SPD in Sachen Vergesellschaftung der großen Berliner Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohneinheiten angeführt. Wir erinnern uns: Im September 2021 hatten beim Volksentscheid 59,1% der Abstimmenden (mehr als eine Million Berliner*innen) für die Überführung von rund 270.000 Wohneinheiten

großer Konzerne in Gemeineigentum votiert. Zwecks Verhinderung der Umsetzung des Volksentscheids ging die SPD unter Franziska Giffey im Februar 2023 eine Koalition mit der CDU ein, um die Fortsetzung des damaligen rot-rot-grünen Senats und damit auch das Angehen der Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne zu verhindern. Zwischenzeitlich war auch auf Bundesebene eine Koalition zwischen der CDU und der SPD gebildet worden. Und was ist der Bauministerin Verena Hubert (SPD) unter Bundeskanzler Merz (von ihm stammt das Buch »Mehr Kapitalismus wagen« aus dem Jahre 2008) besonders wichtig? Die schnellstmögliche Schaffung eines gesetzlichen Verbots der Vergesellschaftung von Wohnraum durch ein Bundesgesetz ...

Vor diesem Hintergrund hat uns die Kampagne zur Verunglimpfung der Berliner LINKEN – von wegen Antisemitismus, Clan-Kontakte und Beteiligung von zwei nicht eingeladenen Dumpfbacken auf der Wahlparty – nicht wirklich überrascht. Allenfalls der Schaum, der einigen Politiker*innen gerade auch aus der SPD und der CDU aus dem Mund sprang. Um's ganz klar zu sagen: All dem Mist, der da im Einzelnen geschehen ist, muss nachgegangen, angemessene Konsequenzen gezogen werden. Wir haben das Thema zu einem der Schwer-

punkte dieser Ausgabe gemacht, deren Redaktionsschluss für der 15. Oktober war.

Ansonsten schauen wir weiter auf die Entwicklungen in Berlin und den Versuch einer sozialen Neuausrichtung unter Rot-Grün-Rot. Wir drücken unseren Genossinnen und Genossen die Daumen, wünschen ihnen ein gutes Händchen und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel, schauen auf die fünf Dinge, die Elif Eralp, die linke Bürgermeisterin in Wartestellung, sofort anpacken will und erwarten uns viele neue Impulse für eine alternative, für eine linke Metropolenpolitik. Und natürlich werden wir uns diesbezüglich auch auf die Abgründe der hamburgischen Politik einlassen, beispielsweise den von der CDU eingereichten Bürgerschaftsantrag »Unternehmertum statt Sozialismus und Enteignung« parieren (Drs. 23/5535 vom 30.9.2026). Xenija Melnik-Üzü, die wirtschaftspolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion, hat den Antrag mit diesen Worten kommentiert: »Die CDU kramt ihre alte Sozialismus-Keule aus der Mottenkiste«.

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Kolja Rosemann,
Michael Joho und Jens Schultz



Elif im Wahlkampf (Foto: flickr/die Linke)

»5 Dinge, die ich sofort anpacke«, Elif Eralp eine Woche vor der Wahl:

1. Mietendeckel in Berlin, 2. Taskforce Mietwucher, 3. Kostenloser Sperrmülltag, 4. Elif spricht mit euch 5. Neujahrsempfang für Wohnungslose (<https://dielinke.berlin/aktuelles/news/fuenf-dinge-die-ich-sofort-anpacke/>)

Zum 2. Armutsgipfel in Hamburg

Zum zweiten Mal laden der Sozialverband Deutschland, der Mieterverein, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Diakonische Werk zum gemeinsamen Armutsgipfel ein. Stattfinden wird er am Mittwoch, den 18. November, von 14.00 bis 18.00 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 57a). Mit dieser Tagung rücken diese maßgeblichen Verbände der Zivilgesellschaft das sozialpolitisch wichtigste Thema der Gegenwart in den Fokus: die wachsende Armut in diesem Land und gerade auch in Hamburg und die völlig unzureichenden Antworten und Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung darauf.

Das Programm des Armutsgipfels sieht eine beeindruckende Anzahl markanter Referent*innen und Podiumsteilnehmer*innen vor. Nach den Eröffnungsreden von Dr. Sally Peters (SoVD), Dr. Rolf Bosse (Mieterverein), Tanja Chawla (DGB Hamburg), Kristin Alheit (DPWV) und Annika Woydack (Diakonie), den Vorsitzenden ihrer Verbände, liefert Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Soziologie-Profes-

sorin aus Göttingen, einen ersten Aufschlag. Sie wird »Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Arbeitswelt« skizzieren. Anschließend geht es in fünf Arbeitsgruppen u.a. um die Themen »Armut trotz Erwerbsarbeit«, »Zugang zu sozialen Rechten in Hamburg« und »Ungleichheit macht arm«. Zum Abschluss der Veranstaltung wird es eine Debatte geben zur Frage, »Wie bekämpfen wir die Armut in Hamburg?«. Podiumsgäste sind Senator Dr. Andreas Dressel, die Vorständin der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg Kristin Ahlheit, der Chef der Bundeszentrale für Arbeit Sönke Fock, der Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Nord Michael Thomas Fröhlich und die ver.di-Landesbezirksleiterin Sandra Goldschmidt.

Die Teilnahme an dieser Tagung ist kostenfrei. Die Räumlichkeiten sind barrierefrei erreichbar. Mehr Infos gibt es [hier](#). Wir nehmen nachfolgend die Einladung der Verbände zu diesem 2. Armutsgipfel auf.



Arbeit neu denken – Verteilungsgerechtigkeit herstellen

Hamburg ist eine wohlhabende Stadt – und dennoch erleben viele Menschen Armut, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, soziale Unsicherheit und fehlende Teilhabe. Die Armutsgefährdungsquote liegt in Hamburg mit 19,5 % im bundesweiten Vergleich auf hohem Niveau. Somit ist jede:r fünfte Hamburger:in durch Armut gefährdet. Bei den 18- bis 25-Jährigen ist sogar jede dritte Person betroffen. Geringe Löhne und prekäre Beschäftigung, hohe Mieten und Lebenshaltungskosten, fehlende Bildungsteilhabe sowie ein eingeschränkter Zugang zu sozialen Sicherungssystemen wie Pflege und Gesundheitsversorgung sind zentrale Gründe, die das Risiko, in Armut zu leben, massiv erhöhen.

Auf der anderen Seite ist Hamburg eine der vermögendsten Städte Europas und beheimatet superreiche Familien- und Firmendynastien, die die Stadt maßgeblich prägen. Zugleich erlebt die Stadt, dass das vererbte Vermögen einen Höchststand erreicht und es immer mehr Einkommensmillionäre gibt.

Wie hängen Armut und Reichtum in Hamburg zusammen und aus welchen Gründen geht die Verteilungsschere immer weiter auseinander? Müssen Arbeit, Soziales, Bildung und Wohnen neu gedacht werden, damit ein gutes und sicheres Leben ermöglicht wird?

Die Verringerung und Bekämpfung der Armut und mehr Verteilungsgerechtigkeit sind zentrale Ziele eines Hamburgs als offene Stadt mit Willkommenskultur, die sich auch in Zukunft durch gesellschaftlichen Zusammenhalt und Resilienz gegenüber populistischen Strukturen auszeichnet. Wie dies gelingen kann und welche Grundlagen wir angehen müssen, das möchten wir gemeinsam mit Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Praxis vor dem Hintergrund einer auseinanderdriftenden Einkommens- und Vermögensschere diskutieren und Lösungswege für eine gerechte Stadtentwicklung und ein Hamburg für alle erörtern.



Auf der gewerkschaftlichen Demo gegen Sozialabbau am 26. September (Foto: M. Joho)

Mietenkataster – Mit Wissen gegen Abzocke

Von Kolja Rosemann, Referent bei Heike Sudmann

In Berlin hat der noch amtierende Senat im Sommer 2026 ein Mietenkataster eingeführt. Zwar handelte es sich nur um ein Wahlkampfmanöver, damit zumindest behauptet werden konnte, man würde überhaupt irgendetwas unternehmen und sich für die Belange der Mieter*innen interessieren. Die Probleme der steigenden Mieten oder eine Begrenzung des Gewinns mit Mietwohnungen sollte aber nicht angegangen werden. Trotzdem ist das Mietenkataster ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Wucher und Abzocke auf dem Wohnungsmarkt.

Das Mietenkataster stellt eine zentral geführte Datei über sämtliche Wohnverhältnisse in der jeweiligen Stadt auf. Vermieter*innen sind verpflichtet, unter anderem jede Mietwohnung mit Adresse, der Wohnfläche, Beginn des Mietverhältnisses und der vereinbarten Nettokaltmiete zu melden. Dazu haben Vermieter*innen für jede Wohnung Namen und die Anschrift anzugeben, die Namen der Mieter*innen soll er aber nicht mitteilen. Sämtliche Daten werden in einer zentralen Datenbank gesammelt und stehen dann den zuständigen Behörden zur Verfügung.

Mit den gesammelten Daten können die zuständigen Behörden überprüfen, ob Mieten eingefordert werden, die

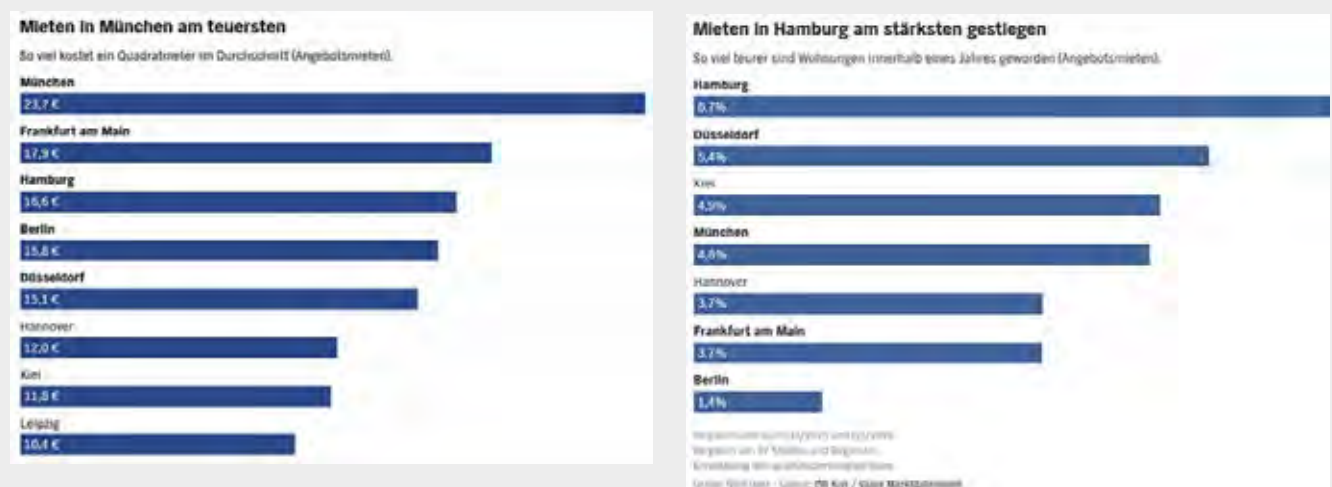
oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Während solche Verstöße gegen die Mietpreisbremse, Mietpreisüberhöhungen oder auch Mietwucher bisher von Mieter*innen an die Behörden herangetragen werden mussten, haben die Behörden mit dem Mietenkataster die Möglichkeit und Pflicht, solche Verstöße eigenständig zu verfolgen und zu bekämpfen.

Durch die zentrale Datenbank wird die Lage auf dem Mietenmarkt schonungslos offengelegt. Was bisher verborgen und als Einzelfälle abgetan wurde, wird nun ans Licht gebracht. Die bisherigen Erkenntnisse aus Studien und Sammelaktionen wie der ortsüblichen Vergleichsmiete werden erweitert. Schon eine Prüfung der Angebotsmieten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin im Juni 2026 hat ergeben, dass für fast jede vierte angebotene Wohnung ein Preis gefordert wird, der im Bereich des strafbaren Mietwuchers liegt.

Das Wissen aus dem Mietenkataster ist für den weiteren Kampf der Hamburger Mietenbewegung erforderlich. Der Kampf um eine bezahlbare Miete und Wohnraum für alle wird auch auf kultureller Ebene geführt. Gegen bezahlbare Wohnungen wird immer wieder das Recht von Kleingeigen-

Bronze für Hamburg

Wie notwendig, ja überfällig Mietenkataster, Mietenstopp, Mietendeckel und Mietensenkung sind, wie völlig unzureichend dagegen die staatlichen Konzepte und Maßnahmen auf Bund- und Länderebene sind, das belegt eine Mitte Oktober vorgelegte Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Darin geht es um die Entwicklung der Angebotsmieten im Vergleich von 37 Städten und Regionen Deutschlands im Vergleich zum 3. Quartal des Vorjahres. Danach sind die Angebotsmieten mit 23,7 Euro netto-kalt in München zwar immer noch am höchsten, aber Hamburg ist im vergangenen Jahr hinsichtlich der Miethöhe an Berlin vorbeigezogen und hat nun Platz 3 und damit eine überflüssige Bronzemedaille erworben.



Und warum ist das so? Weil Hamburg vom III. Quartal 2025 zum III. Quartal 2026 die höchsten Mietpreiszuwächse unter allen Großstädten in Deutschland erfahren hat. Um satte 6,7 Prozent sind hier die Angebotsmieten fröhlich explodiert.

tümer*innen auf möglichst hohe Gewinne vorgetragen. Wer nun ein/e Kleineigentümer/in ist, was die mit Mieten verdienen und wie viele es von ihnen gibt, das wird aus der Richtung der Immobilienlobby nie erklärt. Nun kann das Mietenkataster Transparenz darüber schaffen, wem die Stadt Hamburg gehört und was für die Miete verlangt wird. Gerade für lokale Initiativen wie »Hamburg enteignet« stellen diese Informationen einen wichtigen Baustein dar. In Hamburg ist – anders als in Berlin – nicht bekannt, ob und wie der Wohnungsmarkt aufgeteilt ist. Für die Frage, ab wie vielen Wohnungen im Eigentum eine Einzelperson oder ein Wohnungskonzern vergesellschaftet werden soll, braucht es

eine Übersicht über die Zustände auf dem Hamburger Wohnungsmarkt.

Für die Einführung des Mietenkatasters sprechen viele Gründe. Mensch könnte annehmen, was eine schwarz-rote Regierung in Berlin beschlossen hat, sollte wohl auch von einem rot-grünen Senat in Hamburg eingeführt werden können. Ein Selbstläufer ist das aber nicht, denn die Immobilienlobby ist gewarnt und macht ihren Einfluss in der Politik geltend. Noch gibt es viele Gewinne zu machen und die Hamburger*innen wurden nicht um ihren letzten Cent gebracht. Wehren wir uns dagegen: Wissen schafft Macht. Macht für ein lebenswertes Hamburg.

Der Plaza-Ausblick muss kostenfrei bleiben!

Von Marie Kleinert, kulturpolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion

Bereits seit Beginn dieses Jahres stand im Raum, dass es im Laufe der kommenden Monate zu einer Gebührenerhebung für die Plaza der Elbphilharmonie kommen könnte. Seit der Eröffnung des Konzerthauses im Jahre 2017 war die Aussichtsplattform für alle Hamburger*innen, sowie Tourist*innen frei zugänglich – von online buchbaren konkreten Timeslots einmal abgesehen. So, wie es sich für einen

öffentlichen Ort eben gehört. Als solchen hatte Olaf Scholz die Plaza 2016 feierlich bezeichnet. Ebenso als »unseren Balkon«, also den der Hamburger*innen. Die hatten beim Bau der Elbphilharmonie nicht nur jede Menge Geduld bewiesen, immerhin verzögerte sich die Bauzeit um fast sieben Jahre, sondern das Projekt auch mit ihren Steuergeldern mitfinanziert. Die ursprünglich veranschlagten 77 Millionen Euro Baukosten beliefen sich zudem bis zur Fertigstellung auf 866 Millionen Euro.

Dem Hamburger Senat schienen das nicht ausreichend Argumente zu sein, um den kostenfreien Eintritt aufrecht zu

halten und so wurde bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2027/2028 verkündet: Der Eintritt zur Plaza soll künftig Eintritt kosten. 5 Euro pro Person, ermäßigt 3 Euro. In Kauf genommen wird damit, dass sich die Elbphilharmonie nun endgültig all denen verschließt, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen und für die ein Besuch der Konzerte deswegen ohnehin nicht infrage kommt. Also beispielsweise Familien, Senior*innen und Jugendliche. Dass man sich den für die Plaza gezahlten Eintritt künftig auf den Preis für Konzerttickets anrechnen lassen kann, ist auch aus diesem Grund mehr als zynisch.





Aktion der LINKEN: Plakat und Postkarte (Seite 5) für die Aufrechterhaltung der kostenfreien Begehung der Plaza in der Elbphilharmonie

Um auf die Problemlage, die mit dieser Neuerung einhergeht, aufmerksam zu machen, meldete Marie Kleinert, u. a. kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, eine Kundgebung vor der Elbphilharmonie an. Und zwar für den 4. Oktober, den letzten Tag, an dem der Zugang zur Plaza noch kostenfrei möglich



Bei der Aktion wider die Gebührenerhebung
(Fotos: Linksfraktion Hamburg)

war. Verteilt wurden dabei Postkarten – kostenlos natürlich – mit zwei unterschiedlichen Motiven, die den Ausblick von der Plaza zeigen, die Rückseite versehen mit Olaf Scholz-Zitaten, die die Plaza als »unseren Balkon« und als öffentlichen Ort bezeichneten.

Thomas Iwan, geradeeben wiedergewählter Co-Landessprecher der Hamburger LINKEN und Mitglied des Kulturausschusses in Wandsbek sowie auch Marie Kleinert sprachen vor den versammelten Teilnehmer*innen der Kundgebung und interessierten Zuhörer*innen u. a. über die Wichtigkeit von öffentlichen Orten. »Wie viele Plätze, wie viele Orte sollen denn noch kostenpflichtig werden – und damit genau die Offenheit verlieren, für die sie einmal erbaut und gefeiert wurden«, hieß es von der kulturpolitischen Sprecherin. Und weiter: »Die SPD sagt jetzt: Mit dem Eintritt werde Kultur finanziert, die Musikwirtschaft werde gestärkt. Wir sagen: Natürlich braucht Hamburg eine starke Musikwirtschaft. Natürlich brauchen Clubs, Musiker*innen, Veranstalter*innen, Labels, Proberäume und die freie Szene mehr Förderung. Aber diese Unterstützung darf nicht darauf gebaut sein, dass Menschen mit wenig Geld vom öffentlichen Zugang zur Elbphilharmonie ausgeschlossen werden.«

Dass die Einnahmen aus dem Eintritt tatsächlich, wie von der SPD behauptet, in andere kulturelle Projekte und die Förderung der Förderung der Musikwirtschaft fließen, ist dabei aber überhaupt nicht sicher, denn eine Zweckbindung gibt es nicht.

Bei den Haushaltverhandlungen, die noch bis in den Dezember hinein andauern werden, wird sich DIE LINKE auch weiterhin für eine Rücknahme des Plaza-Eintritts einsetzen.



Stickerfund beim Millerntor

Alternativmethoden zu Tierversuchen: Lässt der Senat den Forschungspreis verschwinden?

Von Jens Schultz

Die Stadt Hamburg wollte Vorreiterin bei der Forschung ohne Tierversuche sein. Jetzt fällt der wichtigste Förderpreis der Stadt aus und der Senat weiß nicht einmal, ob es nächstes Jahr Geld dafür gibt.

Jedes Jahr werden in Deutschland mehrere Millionen Tiere für wissenschaftliche Zwecke eingesetzt, auch in Hamburg. Dass es anders gehen kann, zeigt die Forschung selbst. Mit Zellkulturen, Organmodellen aus menschlichem Gewebe oder Computersimulationen lassen sich viele Fragen heute ohne Tierversuch beantworten. Solche Methoden zu entwickeln ist aber aufwendig, teuer und bringt in der Wissenschaft oft weniger Anerkennung als die bisher klassische Forschung. Genau hier sollte der Hamburger Forschungspreis für Alternativen zum Tierversuch ansetzen.



Forschen ohne Grenzen? (Foto: pixabay)

Die Idee ist einfach und überzeugend. Wer in der Forschung eine Methode entwickelt, die Tierversuche ersetzt, verringert oder für die Tiere weniger belastend macht, kann sich um einen Preis von 50.000 Euro bewerben. Die Fachwelt spricht vom »3R-Prinzip«: »Replace, Reduce, Refine«, also ersetzen, verringern, verbessern. Das Geld teilen sich die für Tierschutz und die für Wissenschaft zuständigen Behörden. Den Preis haben SPD und GRÜNE 2016 selbst beantragt. Die Bürgerschaft hat damals beschlossen, dass er alle zwei Jahre vergeben wird.

Der Senat war stolz auf diesen Preis. Er nannte ihn ein »zentrales Instrument«, um Forschende für Alternativmethoden zu gewinnen. Bei den Verleihungen waren Senator*innen gern dabei. Die Botschaft des Senats lautete: Hamburg meint es ernst mit dem Tierschutz.

Nach dem Zweijahresrhythmus wäre 2026 die fünfte Ausgabe fällig gewesen. Normalerweise wird der Preis im Frühjahr ausgeschrieben und im Herbst verliehen. Doch bis Oktober war nichts passiert. Deshalb hat Stephan Jersch,

tierschutzpolitischer Sprecher der Linksfraktion, beim Senat nachgefragt (Drucksache 23/5581). Die Antwort ist ernüchternd.

Die Arbeit am neuen Preis hat laut Senat »aus organisatorischen Gründen« erst am 1. September 2026 begonnen. So auf eine Anfrage eines Abgeordneten zu antworten, grenzt schon an Arbeitsverweigerung. Die beteiligten Behörden wollen sich erst im Herbst abstimmen. Einen Termin für Ausschreibung oder Verleihung nennt der Senat nicht. Noch deutlicher wird er bei den Finanzen: »Ob und in welcher Form eine Bereitstellung von Mitteln im Jahr 2027 erfolgen kann, ist zu prüfen.« Ob es den Preis überhaupt noch gibt, ist also offen.

Dazu kommt etwas, das bisher kaum thematisiert wurde. Der Senat gibt selbst zu, dass der beschlossene Zweijahresrhythmus nur 2016 und 2018 eingehalten wurde. Danach ging es langsamer: Die dritte Verleihung fand 2021 statt, die vierte erst im September 2024. Künftig soll der Preis nur noch »regelmäßig« vergeben werden und auch das nur, wenn die »Ressourcen« es erlauben. Einen Beschluss der Bürgerschaft so stillschweigend aufzuweichen, ist schlechter Stil.

In der Anfrage wollte Stephan Jersch außerdem wissen, was der Senat sonst für Alternativen zum Tierversuch getan hat. Die Antwort klingt zunächst beeindruckend. Die Universität Hamburg hat zwei Tierschutztage veranstaltet. Das UKE hat eine eigene Professur für 3R-Forschung eingerichtet, betreibt ein 3R-Zentrum und fördert drei Forschungsprojekte mit rund 250.000 Euro. Darunter ist zum Beispiel ein Modell der menschlichen Plazenta, das Tierversuche in der Infektionsforschung ersetzen soll. Das sind wichtige Schritte, die natürlich zu begrüßen sind. Aber sie werden von den Hochschulen selbst geleistet und zu einem großen Teil auch von ihnen bezahlt. Eine eigene Maßnahme seiner Behörden mit Zahlen und Daten kann der Senat nicht nennen. Auf die Frage, wie wichtig ihm das Thema heute im Vergleich zu früher ist, antwortet er mit einem einzigen Satz: Es habe »einen hohen Stellenwert«. Was damit gemeint ist, bleibt offen.

Ein Forschungspreis lebt davon, dass man sich auf ihn verlassen kann. Ein Forschungsprojekt dauert Jahre. Wer überlegt, eine tierversuchsfreie Methode zu entwickeln, muss wissen, dass seine Arbeit auch gewürdigt wird. Ein Preis, der mal kommt und mal nicht, setzt keine Anreize. Dann bleibt er Symbolpolitik.

Der Senat muss jetzt Klarheit schaffen. Der Preis muss 2027 ausgeschrieben werden, das Geld muss verbindlich zur Verfügung stehen und der Zweijahresrhythmus muss wieder gelten, so wie die Bürgerschaft es beschlossen hat. Die Fraktion DIE LINKE wird in der Bürgerschaft weiter nachhaken, damit den schönen Worten des Senats auch Taten folgen.

hvv-Preise werden erhöht – sozial geht anders

Von Heike Sudmann

Alle Jahre wieder ... kommt nicht das Christkind, sondern die Erhöhung der Fahrpreise im hvv. »Ist doch klar, alles wird teurer«, denken vielleicht viele Leser*innen. Doch steigende Preise erschweren es Menschen mit wenig Einkommen, sich eine Fahrkarte zu kaufen. Und wer eh ein Auto finanziert, will kein Geld für Bus und Bahn ausgeben – und weiß gar nicht, wie gut die Fortbewegung ohne Auto klappen kann. Umweltfreundliche Mobilität ist zu unterstützen, deshalb fordert DIE LINKE schon seit langem, den Einstieg in den fahrscheinfreien, also für die Nutzer*innen kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

50%ige Steigerung der Kostenbeteiligung beim Sozialticket

Bei den aktuellen Erhöhungen der Preise im Hamburger Verkehrsverbund (hvv) zum 1. Januar 2027 sticht das Sozialticket ins Auge. 76.000 Menschen in Hamburg nutzen dieses verbilligte Monatsticket, weil sie ein entsprechend geringes Einkommen haben. Jetzt sollen sie 50 % mehr zahlen, statt 27,50 Euro nunmehr 41,30 Euro. Diese Erhöhung speist sich aus dem um 10 Euro monatlich gesenkten Sozialrabatt und der Erhöhung des Preises für das Deutschlandticket um 3,80 auf 66,80 Euro.

19 Euro Service-Pauschale für das kostenlose Schüler*innen-Ticket

Das Monatsticket für die Schüler*innen bleibt kostenlos. Klingt gut, aber jetzt muss für jedes Kind eine einmalige Servicepauschale von 19,- Euro gezahlt werden. Ob der damit verbundene Bürokratieaufwand sich rechnet, konnte die Behörde auf meine Nachfrage nicht sagen. Das haben sie einfach noch nicht berechnet.

Senior*innen müssen auch mehr bezahlen

Beim Senior*innenticket bleibt der Zuschuss von 14,- Euro zwar unverändert, doch der Preis für das Deutschlandticket steigt um 3,80 Euro monatlich. Auf das Jahr gerechnet zahlen die Senior*innen also 45,60 Euro mehr.

Online-Rabatt entfällt komplett

Bisher gab es für alle Fahrgäste beim Kauf eines Online-Tickets den sogenannten Digitalrabatt in Höhe von 7 %. Der fällt jetzt komplett weg.

Die nachfolgende Darstellung der Preiserhöhungen habe ich mit freundlicher Genehmigung dem Portal Nahverkehr Hamburg entnommen (der Artikel zum hvv ist durch eine Paywall abgeschirmt).

HVV-TARIF 2027

So sollen sich die HVV-Preise 2027 verändern

Einzel- und Tagestickets

Ticket	Preis in €		Verteuerung	Verteuerung inkl. weg- fallenden Digitalrabatts	0		
	heute	ab 2027			10	20 %	
Einzeltickets							
1 Zone	2,90	2,90	±0 %	+7,4 %			
Kurzstrecke / Stadt-Ticket / City-Ticket	2,10	2,20	+4,8 %	+12,8 %			
Nahbereich	3,50	3,50	±0 %	+7,4 %			
Hamburg AB / 2 Ringe	4,10	4,10	±0 %	+7,6 %			
3 Ringe	7,00	7,40	+5,7 %	+13,7 %			
4 Ringe	8,90	8,90	±0 %	+7,5 %			
5 Ringe	10,80	10,80	±0 %	+7,6 %			
Ringe A–F	12,60	12,60	±0 %	+7,5 %			

Einzeltickets für Kinder					
Hamburg AB / 2 Ringe	1,50	1,70	+13,3 %	+21,4 %	
5 Ringe	3,00	3,40	+13,3 %	+21,9 %	
Ringe A–F	4,50	5,00	+11,1 %	+19,3 %	
Tagestickets für Kinder					
Hamburg AB / 2 Ringe	3,00	3,40	+13,3 %	+21,9 %	
5 Ringe	6,00	6,80	+13,3 %	+21,9 %	
Ringe A–F	9,00	10,00	+11,1 %	+19,5 %	
Tagestickets					
Hamburg AB / 2 Ringe	8,20	8,20	±0 %	+7,5 %	
3 Ringe	14,00	14,80	+5,7 %	+13,7 %	
4 Ringe	17,80	17,80	±0 %	+7,6 %	
5 Ringe	21,60	21,60	±0 %	+7,5 %	
Ringe A–F	25,20	25,20	±0 %	+7,5 %	
Gruppentickets					
Hamburg AB / 2 Ringe	16,40	16,40	±0 %	+7,5 %	
3 Ringe	28,00	29,60	+5,7 %	+13,7 %	
4 Ringe	33,00	33,00	±0 %	+7,5 %	
5 Ringe	34,00	34,00	±0 %	+7,5 %	
Ringe A–F	35,00	35,00	±0 %	+7,5 %	
Upgrade 1. Klasse					
für eine Fahrt	3,70	4,00	+8,1 %	+16,3 %	
zu Tagestickets, je Tag	6,30	6,60	+4,8 %	+12,6 %	
Fahrradticket R-Bahn					
pro Tag	3,50	3,50	±0 %	+7,4 %	
Upgrade Geltungsbereich					
für Schülertickets, je Fahrt, Ringe A–F	3,50	3,50	±0 %	+7,4 %	
für Schülertickets Kind, je Fahrt, Ringe A–F	1,50	1,70	+13,3 %	+21,4 %	

Zeittickets		heute in €		ab 2027			
Wochenticket	Gesamtnetz	43,00	entfällt				
Monatticket	Gesamtnetz	83,00	neuer Preis wird separat beantragt				
Deutschlandticket	Gesamtnetz & deutschlandweit	63,00	neuer Preis wird separat beantragt				
Deutschlandticket als Jobticket	Gesamtnetz & deutschlandweit	59,85	neuer Preis wird separat beantragt				
Schülertickets		Preis in €		Versteuerung inkl. wegfallenden Digitalrabatts			
Schülerticket	heute	ab 2027	Versteuerung	0	10	20 %	
im Abonnement							
1 Zone	39,90	41,90	+5,0 %	-			
Hamburg AB / Kreis / 2 Zonen	52,20	54,80	+5,0 %	-			
als Monatticket							
1 Zone	48,70	51,10	+4,9 %	-			
zu Monatstickets							
1. Klasse in Regionalzügen (RB/RE), Gesamtnetz	54,30	57,50	+5,9 %	-			
Wochenend-Mitnahme, Gesamtnetz	16,00	16,90	+5,6 %	-			
zum Wochenticket							
1. Klasse in Regionalzügen (RB/RE), Gesamtnetz	17,40			entfällt			

Versteuerung laut Tarifantrag zusätzlich durch wegfallenden Digitalrabatt

Quelle: Hamburger Verkehrsverbund (Pressemitteilung vom 22. September 2025). HVV-Bemerkung: Tarif, Eigenbezeichnungen.

NAHVERKEHR HAMBURG

Fazit

Wer wenig Geld hat und deshalb ein hvv-Sozialticket bekommen könnte, hat nicht mal eben 41,30 Euro monatlich übrig. Wer sich Mobilität nicht leisten kann, muss dann zu Hause bleiben, statt Familie oder Freund*innen zu besuchen. So

werden Vereinsamung und Unzufriedenheit gefördert. Diese Preiserhöhung ist einfach nur unsozial und grenzt noch mehr Menschen aus der Teilhabe am normalen Leben aus. Das gilt besonders für Familien mit wenig Einkommen. Das kostenlose Schüler*innenticket sollte gerade ihnen helfen, nun müssen sie pro Kind 19,- Euro Servicepauschale berappen. Für DIE LINKE ist und bleibt der Öffentliche Personennahverkehr ein Teil der Daseinsvorsorge und muss deshalb kostenlos für seine Nutzer*innen werden!

Kleiner Exkurs: Tankrabatt und Deutschlandticket – billiger tanken, teurer Bus und Bahn fahren

Als die Ampel-Regierung 2022 einen kurzfristigen »Tankrabatt« beschloss, gab sie dem Druck nach und führte gleichzeitig auch ein Deutschlandticket für die Nutzung von Bus und Bahn für 9,- Euro monatlich ein. Dieser niedrige Preis war nicht von langer Dauer, aktuell kostet das Ticket 63,- Euro monatlich, ab Januar werden es noch einmal 3,80 Euro monatlich mehr.

Ende September haben Bundestag und Bundesrat einen erneuten, nunmehr dreimonatigen »Tankrabatt« beschlossen, der als Teil des sogenannten Entlastungspakets der Bundesregierung rangiert. Eine Verpflichtung für die Mineralölwirtschaft, die Steuersenkung auch komplett an die Verbraucher*innen weiterzugeben, gibt es nicht, sondern nur einen Appell von der Bundesregierung und dem Kartellamt. Die (Über-) Gewinne der Mineralölwirtschaft bleiben also wieder unangetastet, klarer formuliert: werden erneut staatlich subventioniert.

Der dreimonatige Tankrabatt wird zu Steuerausfällen von ca. 2,5 Milliarden Euro führen. Während das Autofahren also billiger werden soll, wird das Deutschlandticket teurer. An den Ticketkosten beteiligen sich Bund und die Länder jährlich jeweils mit 1,5 Milliarden Euro ...

Hamburg kann mehr! LINKE beschließt Maßnahmenprogramm für einen sozialen Klimaschutz

Von Janine Burkhardt und Stephan Jersch

DIE LINKE Hamburg macht Druck für einen konsequenten Klimaschutz in Hamburg. Mit dem Hamburger Zukunftsentcheid, der am 12. Oktober vergangenen Jahres beschlossen wurde, legte die Stadt den Grundstein für einen ambitionierten und sozialen Klimaschutz. Der Senat hat mit dem Beschluss zwei Jahre Zeit, den Entscheid umzusetzen, jedoch sind bis heute keine weiteren Maßnahmen ergriffen worden. Es vergeht somit noch ein weiteres Jahr, bis der Hamburger Klimaplan auf das neue Klimaneutralitätsziel 2040 ausgerichtet wird.

Auf dem Landesparteitag der Hamburger LINKEN Hamburg am 10./11. Oktober wurden Maßnahmen beschlossen,

wie Hamburg schneller klimaneutral werden und sich gleichzeitig besser gegen die Folgen der Klimakatastrophe wappnen kann. Die Botschaft ist klar: Klimaschutz muss für alle funktionieren.

Hitzewellen, trockene Sommer und Starkregen zeigen längst, dass die Klimakatastrophe keine ferne Zukunftsvision ist. Sie ist vielmehr längst da und auch schon in Hamburg angekommen. Währenddessen kommt die Stadt beim Klimaschutz zu langsam voran, Hamburgs CO₂-Emissionen sind zuletzt sogar wieder angestiegen. Das passt nicht zu den großen Versprechen des rot-grünen Senats – und erst recht nicht zum Willen der Hamburger*innen, die sich mit dem

Zukunftsentscheid eine sozialverträgliche Klimaneutralität bis 2040 wünschen.

Für die Umsetzung dieses Zukunftsentscheids sind konkrete Maßnahmen, verbindliche Ziele und transparente Kontrolle notwendig. Denn schöne Ankündigungen allein reduzieren keine einzige Tonne CO₂. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Wer in einer schlecht gedämmten Wohnung lebt, hat auch oft mit hohen Energiekosten zu kämpfen. Modernisierungen der Gebäudehülle oder der Wärmeversorgung dürfen aber nicht dazu führen, dass die Belastungen noch höher werden. Große Unternehmen sollen die Kosten der notwendigen Veränderungen nicht auf die Allgemeinheit abwälzen können.

Auch DIE LINKE in Hamburg setzt auf energetische Sanierung, die warmmietenneutral umgesetzt wird. Menschen mit wenig Geld sollen eine kostenlose Energieberatung bekommen (derzeit u.a. nur Bezieher*innen von Grundsicherung, Sozialhilfe und Wohngeld) und stärker bei der Anschaffung von Balkonkraftwerken unterstützt werden. Dort, wo Menschen besonders unter hohen Wohnkosten und Energiearmut leiden, muss zuerst etwas passieren. Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle von einer sauberen Energie, bezahlbarer Wärme und besseren Wohnbedingungen profitieren – und nicht nur jene, die sich die Energiewende ohnehin problemlos leisten können. Sonnenenergie auf öffentlichen Gebäuden und Parkplätzen, mehr Windkraft, erneuerbare Wärme sowie Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen haben das Potenzial, Hamburg in Sachen Energiewende voranzubringen. Diese Potenziale sollen konsequent gehoben werden. Wir setzen als LINKE auf Energie in öffentlicher Hand, in der Hand der Bürger*innen und Genossenschaften und auf demokratische Kontrolle – denn: Die Energiewende darf nicht den Interessen großer Konzerne folgen, der Staat darf nicht weiter durch mächtige Lobbyinteressen erpressbar sein. Die Energiewende muss jenen zugutekommen, die hier in der Stadt leben.

Insbesondere im Bereich Verkehr hat Hamburg noch einige Hausaufgaben zu erledigen. Der Verkehrssektor verursacht einen erheblichen Teil der städtischen Emissionen. Trotzdem bleibt der Fortschritt zur Reduktion der Emissionen bislang viel zu gering.

Wir wollen einen zuverlässigen, barrierefreien und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr mit mehr Bussen und dichter Taktung. Langfristig soll der ÖPNV in Hamburg kostenlos werden. Finanziert werden soll das unter anderem über Unternehmenssteuern. Gleichzeitig sind sichere Radwege, Fußwege und eine bessere Anbindung in die äußeren Stadtteile sichergestellt werden. Klar ist, mit einem Fokus auf Elektroautos wird die Verkehrswende nicht gelingen.

Damit Hamburg auch in Zukunft lebenswert bleibt, braucht es mehr Grün, mehr Wasser und weniger Beton für alle als Teil der Klimaanpassung. Insbesondere in dicht bebauten und sozial benachteiligten Stadtteilen muss mehr



No Comment (Foto: Kevin Snyman/pixabay)

passieren. So fordern wir mehr öffentliche Trinkwasserspender, besseren Hitzeschutz in Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Krankenhäusern sowie konkrete Hilfen für wohnungslose Menschen an heißen Tagen. Denn wer bei 35 Grad keine kühle Wohnung hat, braucht mehr als einen gut gemeinten Verhaltenstipp an Hitzetagen. Auch Starkregen und Überschwemmungen müssen ernster genommen werden. Hamburg braucht eine bessere Vorsorge und verständliche Warnungen, die alle Menschen erreichen – unabhängig von Sprache, Alter oder Behinderung. Schlussendlich ist Klimaanpassung kein Ersatz für Klimaschutz. Die Ursachen müssen eingedämmt werden und Menschen gleichzeitig vor den bereits spürbaren Folgen geschützt werden. Klimaschutz bedeutet dabei auch, unsere Art zu wirtschaften zu verändern. Gerade Hamburgs Industrie und Hafenwirtschaft stehen vor erheblichen Herausforderungen. Beschäftigte dürfen mit dem Wandel nicht allein gelassen werden. Wir wollen Unternehmen bei der Umstellung auf klimafreundliche Produktionsweisen unterstützen, Umschulungen statt Entlassungen ermöglichen und nachhaltige Verhaltensweisen wie Reparatur, Verleih und Kreislaufwirtschaft stärken.

Der Beschluss der LINKEN Hamburg umfasst 97 konkrete Maßnahmen: von erneuerbarer Energie, bezahlbarem Wohnraum, Verkehr, Industrie, Ernährung bis Klimaanpassung. Aus dem Beschluss muss nun politische Praxis werden. Wir fordern den Senat auf, den Zukunftsentscheid verbindlich umzusetzen und offenzulegen, welche Maßnahmen mit welchen finanziellen Mitteln umgesetzt werden. Auch wir nehmen uns selbst in die Pflicht: Die Arbeit hört nicht mit dem Beschluss beim Landesparteitag auf. In allen Arbeits- und Bezirksgruppen wollen wir weiter an konkreten Lösungsvorschlägen arbeiten, Erfahrungen der Menschen einfließen lassen und so unseren Beitrag zur Umsetzung des Hamburger Zukunftsentscheids leisten.

Denn Hamburg kann mehr. Eine klimaneutrale Stadt ist keine Utopie – wenn Klimaschutz konsequent, demokratisch und sozial gerecht gestaltet wird.

Und hier die Einleitung des klimapolitischen Antrages der Hamburger LINKEN vom 10./11. Oktober im Wortlaut. Wer am vollständigen Text, mithin auch am umfangreichen Forderungs- und Maßnahmenprogramm interessiert ist, guckt [hier](#).

Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! **Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen!**

Wir alle erleben derzeit mit Hitzewellen, Dürren, Waldbränden und Stürmen direkt Auswirkungen der Klimakatastrophe. Mit über 12.000 geschätzten Hitzetoten in Deutschland im Sommer 2026 wurde eine Übersterblichkeit erreicht, die die während der Coronakrise übersteigt. Währenddessen hat Deutschland seinen Anteil am CO₂-Budget zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels bereits aufgebraucht (so der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, März 2025), dabei hat das Bundesverfassungsgericht im März 2021 die Verpflichtung des Staats zu wirksamem Klimaschutz aus den Freiheitsrechten künftiger Generationen abgeleitet. Hamburgs CO₂-Emissionen wiederum sind 2025 um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. (Schätzung von Umweltbehörde und Statistikamt Nord, Juni 2026) Die mindestens benötigte Verringerung von 98% gegenüber 1990 stagniert also bei einem Niveau von 41,3%. Hamburg und damit dem rot-grünen Senat, der eigentlich die Klimaneutralität bis 2045 umsetzen wollte, bescheinigte der WWF im Bundesländer-Ranking zur Energiewende im September 2025 noch den letzten Platz bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Doch gerade wegen dieser ernsten Lage lohnt es, um jede Veränderung und um jedes Zehntelgrad zu kämpfen. Wir müssen sofort handeln, schnellstmöglich Klimaneutralität erreichen und die Stadt an bereits eingetretene Folgen der Klimakatastrophe anpassen. Das sehen auch große Teile der Hamburger Bevölkerung so und stimmten vor einem Jahr eindeutig für den Zukunftsentscheid – und somit für sozialverträgliche Klimaneutralität bis 2040 gekoppelt an jährliche Emissionsziele. Darauf reagierte Tschentscher mit dem verantwortungslosen Statement, dass in der aktuellen Legislaturperiode bis 2030 keine grundlegende Umplanung nötig sei. Der letzte Zwischenbericht zeigt zwar, dass einige Bereiche inhaltlich sinnvoll angegangen werden, aber nicht mit ausreichender Intensität und Priorität und somit die vom Senat teilweise schon formulierten Versprechen nichts wert sind. Außerdem ist seitdem für die Öffentlichkeit weitestgehend intransparent, welche Maßnahmen die Regierung ergreift und plant. Gleichzeitig kritisierte der Senat, dass der Zukunftsentscheid bei seiner Ge-

setzesänderung keine konkreten Pläne zur Umsetzung eines sozialverträglichen Klimaschutzes mitgeliefert hat. Diesem Vorwurf wollen wir hiermit einen Katalog von Maßnahmen entgegensetzen.

Die Linke forderte schon vor dem Zukunftsentscheid eine Klimaneutralität bis 2040 und legt dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit. Untrennbar davon ist, dass es einen Systemwechsel braucht, der die Klimakatastrophe an ihrer strukturellen Ursache bekämpft, mit planetaren Grenzen vereinbar ist und die Überreichen als Haupt verursachende in Verantwortung nimmt. Aus diesem Grund muss die Umsetzung von den Verursacher*innen und der Stadt als Verantwortliche für die Daseinsvorsorge getragen werden, statt weiter Gelder in teure, klimaschädliche und geschichtsvergessene Prestigeprojekte zu investieren. Außerdem muss die breite Bevölkerung mit ihren Perspektiven und Lebensrealitäten in der Veränderung begleitet und darin einbezogen werden, unter anderem durch Klimaanpassung, stabilisierende Sozialmaßnahmen, Umverteilung und Demokratisierung.

Deswegen fordern wir als Linke vom Senat, endlich entschlossene, wirkungsvolle Klimapolitik zu machen und den Zukunftsentscheid umzusetzen! Klimaschutz muss außerdem immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext gedacht werden. Dazu liefern wir einen themenübergreifenden Maßnahmenkatalog und verpflichten uns selbst, in den Arbeits- und Bezirksgruppen der Partei auch über den Landesparteitag hinaus an Lösungen zu arbeiten. (...)

Begründung und Anmerkungen

Anlass und Grundlage für unseren Antrag und Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der stetig wachsenden Klimakatastrophe ist die erfolgreiche Volksabstimmung zum Hamburger Zukunftsentscheid, der sich am 12. Oktober 2026 jährt.

Mit dem Zukunftsentscheid und den daraus resultierenden Änderungen im Hamburger Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) wurde der Senat unmissverständlich aufgefordert, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 70 % und bis spätestens 2040 um 98% (Klimaneutralität) sozialverträglich zu senken. [...]



Kommentar überflüssig! Kürzlich gesehen auf zwei benachbarten Garagentoren in Hitzacker (Fotos: M. Joho)

Meine Haltung zum Thema DIE LINKE und der Antisemitismus

Von Heike Sudmann

Mitte September erreichte mich die Anfrage einer Bürgerin, die aufgrund bestimmter Vorkommnisse meinte, eine »besorgniserregende Entwicklung der LINKEN« in Sachen Antisemitismus feststellen zu können. Ich habe ihr – nach intensiverer Beschäftigung mit dem Riesenkomplex – dann Ende September geantwortet. Nachfolgend mein unverändertes Statement. Inzwischen sind schon wieder Wochen ergangen und jeden Tag hat es immer neue Kommentare gegeben, vorrangig von rechts, als Munition gegen eine mögliche rot-rot-grüne Koalition in Berlin. Ich belasse es bei meiner grundsätzlichen Position, an der sich substantiell nichts geändert hat.

(...) Ihre Zeilen haben mich sehr bewegt, ich habe mir mit der Beantwortung deswegen auch etwas Zeit gelassen, nicht zuletzt, weil sich in den vergangenen Tagen ja die Berichte und Einschätzungen zum vermeintlichen Antisemitismus in der LINKEN förmlich überschlagen.

Zunächst einmal, ich nehme Ihre Fragen und Sorgen sehr ernst, denn Antisemitismus ist aus meiner Sicht eine der wirkmächtigsten inhumanen und rassistischen Ideologien in der Geschichte der Menschheit. Gerade aufgrund des unter den Nationalsozialisten staatlich verordneten und brutal realisierten Antisemitismus und der sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocaust haben wir – und empfinde ich – eine große Verantwortung für die Überlebenden und ihre Nachfahren, überhaupt für das jüdische Leben in unserem Land und in unserer Stadt. Insofern nehme ich Ihre Ausführungen nicht nur zur Kenntnis, sondern habe ich mir vorgenommen, sie auch noch einmal hinsichtlich einiger Ihrer Anmerkungen zu überprüfen. Hier nun meine Haltung zu Ihren Fragen und Vorhaltungen.

Antisemitismus ist ein anhaltendes Phänomen in vielen Teilen der Gesellschaft. DIE LINKE ist davon ganz sicher nicht ausgeschlossen, aber von geringerer Bedeutung als in anderen Bevölkerungssegmenten. Ich verweise hier exemplarisch auf den Berlin-Monitor vom Februar 2026, »eine groß angelegte, repräsentative Studie zu den Einstellungen der Berliner:innen zu Demokratie und Autoritarismus ([taz, online vom 23.2.2026](#)): »Übrigens ist Antisemitismus dabei, jedenfalls in Berlin,« so die taz, »vor allem ein Problem in der politischen Rechten. Die Studie arbeitet heraus, wie antisemitische Einstellungen zunehmen, je weiter rechts sich die Befragten auf der Skala von »links-außen« bis »rechts-außen« einordnen.«

Ich will damit einzelne Erscheinungen innerhalb der LINKEN, zuletzt in Berlin-Neukölln, keineswegs klein- oder gar wegre-den. Im Klartext, das Auftreten eines Rappers mit einem gewaltverherrlichenden Lied (das unabgesprochen auf einer Veranstaltung der Neuköllner LINKEN vorgetragen wurde), das Erscheinen zweier mehr als fragwürdiger (nicht eingeladener) Personen auf der Berliner Wahlparty, Kontakte zu einem angeblichen Mitglied der »organisierten Kriminalität« und so manches mehr sind absolut inakzeptabel und führen ja längst auch zu massiver innerparteilicher Kritik – und in einem aktuellen Fall zur Prüfung eines ersten Ausschlussverfahrens ([Berliner Zeitung, online vom 23.9.2026](#)).

Dennoch – auch das will ich hervorheben – erscheint mir das Hochkochen einzelner Äußerungen und nicht zu billigen-der Verhaltensweisen vor allem dazu angetan, als Kampagne gegen die mögliche Wahl einer linken Bürgermeisterin in Berlin herhalten zu müssen. Ich finde es einfach ungeheuerlich, wenn Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) meint, »Jüdinnen und Juden können sich in Berlin nicht mehr sicher fühlen, wenn diese Bürgermeisterin (Elif Eralp) gewählt wird.« Es ist doch auffällig, mit welcher Heftigkeit seit dem Tag nach der für DIE LINKE erfolgreichen Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus »große Teile der Politikerkaste und Medienmacher von ganz rechts bis liberal ... komplett frei (drehen). Von Fantasien über eine kommunistische Diktatur bis hin zum »roten Kalifat« mit Übernahme der Herrschaft durch Hamas und Hisbollah wird nichts ausgelassen« ([Neues Deutschland, online vom 23.9.2026](#)). Ich stimme der lesenswerten, weil differenzierten Einschätzung des Soziologen Peter Ullrich zu, der in einem Interview kürzlich ausführte, dass »die Debatte die ganz konkrete Funktion hat, die Linke zu schwächen, um Druck auf sie sowie auf SPD und GRÜNE auszuüben, nicht mit ihr zu koalieren beziehungsweise, um in Koalitionsverhandlungen andere Themen abzuschwächen« ([taz, online vom 22.9.2026](#)) – und das meint sicherlich vorrangig die per Volksentscheid anvisierte Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen großer Wohnungskonzerne.

Unbestritten gibt es auch aus meiner Sicht Äußerungen von Mitgliedern der Partei DIE LINKE, die absolut abzulehnen und durch geeignete Maßnahmen auch zu ahnden sind. Dass das geschieht, entnehme ich nicht zuletzt diversen Äußerungen verschiedener Personen aus der Parteiführung (wie Ines Schwertner), der Bundestagsfraktion (Heidi Reichinnek) und von markanten Persönlichkeiten der LINKEN. Gerade Elif Eralp hat mehrfach unterstrichen, dass sie antisemitische Äußerungen und andere Entgleisungen scharf kritisiert. »Es gibt einzelne Mitglieder, deren Position nicht im Einklang mit unseren Parteibeschlüssen stehen,« führte sie in einem Interview im Januar 2026 aus, »aber die Partei selbst hat sich klar positioniert. Auf dem letzten Parteitag wurde ein Antrag beschlossen, der Solidarität mit allen Betroffenen betont, den Schutz jüdischen Lebens als unseren gemeinsamen Auftrag begreift und sich klar vom Hamas-Terror und dessen Legitimierung absetzt« ([Berliner Zeitung, online vom 17.1.2026](#), leider mit Bezahlschranke). Jedenfalls war Elif Eralp die einzige

Spitzenpolitikerin, die im Mai 2026 einen Plan zur Stärkung und zum Schutz jüdischen Lebens in Berlin veröffentlicht hat (5-Punkte-Plan vom 8.5.2026).

Vor diesem Hintergrund möchte ich einigen Ihrer Ausführungen doch deutlich widersprechen, weil sie der großen Mehrheit der LINKEN und auch mir in so gar keiner Weise gerecht werden. Es ist eine grobe, ja verletzende Fehleinschätzung, »daß die LINKE sich so freudig Hasspredigern an den Hals wirft«. Und es ist eine nicht gerechtfertigte oder belegbare Unterstellung, dass sich DIE LINKE für die allermeisten Kriege und Konflikte auf der Welt »nicht im Geringsten« interessiert, bis »auf den einen Konflikt, an dem erkennbar jüdische Akteure eine Rolle spielen«. Zu letzterem Punkt empfehle ich Ihnen, mal einen Blick auf eine der Homepages der Partei und die mit der LINKEN verbundene Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu internationalen Problemen zu werfen.

Aber das jetzt nur nebenbei. Wichtiger noch ist mir der Hinweis, dass es neben allen abzulehnenden Äußerungen und einzelnen Aktivitäten von Mitgliedern der LINKEN noch ein Problem mit der fast schon inflationären Verwendung des Begriffs Antisemitismus im Allgemeinen gibt. Sie werden wissen, es tobt ein erbitterter Streit um die Definition des Antisemitismus, und zwar weltweit.

Es liegen zwei Ansätze vor,

- die »Arbeitsdefinition« der »International Holocaust Remembrance Alliance« (IHRA) von 2016 und
- die »Jerusalem Declaration on Antisemitism« (JDA) von 2021, der sich auch eine Mehrheit der LINKEN auf ihrem Parteitag im Mai 2025 angeschlossen hat.

Es würde jetzt zu weit führen, die Unterschiede herauszuarbeiten. Nur so viel, die IHRA-Definition lasse aus Sicht ihrer Kritiker*innen (und Formulierer*innen der alternativen JDA-Definition) eine Instrumentalisierung des Begriffs Antisemitismus gegen missliebige nahostpolitische Positionen zu. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat allerlei Analysen und Berichte zu dem komplexen Thema ins Netz gestellt, ich kann Ihnen u.a. ein Material zur »Antisemitismus-Definition« empfehlen.

Wie auch immer. Zum Abschluss meiner Antwort an Sie möchte ich eine Israelin zitieren, die auf dem Potsdamer Parteitag der LINKEN im Juni 2026 eine Rede hielt, die mich sehr beeindruckt hat und im Kern auch meine Überzeugung wiedergibt. Hier ein Satz aus der Ansprache von Vered Berman: **»Deutschland hat eine besondere Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen. Eine Verantwortung, Antisemitismus entschieden entgegenzuwirken. Diese Verantwortung darf aber nicht in bedingungslose Unterstützung von gewaltvollen Regierungen und Systemen übersetzt werden. Das erfüllt nicht das Versprechen »Nie wieder.«**

Erklärung der Linksfraktion Berlin vom 13. Oktober

Am Tage ihrer Konstituierung und im Rahmen der angebahnten Koalitionsgespräche mit der SPD und den GRÜNEN hat die neu gewählte Berliner Linksfraktion einstimmig den nachfolgenden Beschluss gefällt. Wir dokumentieren aus aktuellem Anlass dieses Dokument und rufen unseren Berliner Genossinnen und Genossen zu: Lasst euch durch die Verunglimpfungen nicht verunsichern! Nutzt die Chance, eine linke, alternative Politik für Berlin umzusetzen! Wir Hamburger*innen stehen an eurer Seite!

I. DIE LINKE hat einen historischen Wahlerfolg errungen. Fast 470.000 Berlinerinnen und Berliner haben uns ihre Stimme gegeben und uns mit einem starken Mandat für politische Veränderung ausgestattet. Dieses Votum bietet uns die große Chance, umfangreiche Verbesserungen für die Menschen in unserer Stadt zu erringen. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten nun, dass wir alles daransetzen, um unsere Wahlversprechen umzusetzen und Berlin bezahlbar machen. Sie wünschen sich, dass wir die Mietabzocke stoppen, Immobilienkonzerne vergesellschaften, das Müllchaos beenden und Bus und Bahn billiger machen. Wir sind uns dieser Verantwortung als Abgeordnete der Linken in Berlin bewusst.

II. Für uns gelten unsere Parteibeschlüsse als Abgeordnete entsprechend der Mandatsträger*innenvereinbarungen, die wir unterzeichnet haben. Dazu gehören das Erfurter Grundsatzprogramm und die Programme und Beschlüsse unserer Partei. Wir sichern zu, unser politisches Handeln im Abgeordnetenhaus an den demokratisch gefassten (grundsätzlichen) Beschlüssen und Leitfäden unseres Landesverbands und Bundesverbands auszurichten.

III. Für uns ist klar, dass wir uns an unsere Parteibeschlüsse

halten, dazu gehören auch alle Beschlüsse zu Antisemitismus und Rassismus, zum Schutz jüdischen und muslimischen und palästinensischen Lebens und jeden Lebens sowie die zu Israel und Palästina. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir für einen gerechten Frieden in Israel und in Palästina eintreten.

IV. Insbesondere stellen wir uns hinter die Beschlüsse des Bundesparteitags vom 19.06.2026 (»Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus«) und vom Landesparteitag vom 24.11.2023 (»Die Linke Berlin sagt Nein zu Antisemitismus und Rassismus und Ja zur Versammlungsfreiheit«, Beschluss 28/2/9), darin heißt es u.a.:

1. Wir stehen zum Existenzrecht Israels und für gleiche Rechte aller Menschen in Israel. Ebenso stehen wir zum Existenzrecht Palästinas und für gleiche Rechte aller Menschen in Palästina.

Der Schutz jüdischen Lebens ist ein universelles Menschenrechtsanliegen und darf nicht ausschließlich an die Existenz oder Politik eines bestimmten Staates gebunden werden. Jede nachhaltige Friedenslösung in der Region muss

auf der vollen bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung aller dort lebenden Menschen beruhen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Nationalität. Sicherheit, Frieden und Stabilität sind nur möglich, wenn keine Bevölkerungsgruppe dauerhaft eine andere politisch oder rechtlich dominiert. Als LINKE streiten wir für ein demokratisches Israel und ein freies, souveränes, lebensfähiges Palästina, in denen alle Menschen gleiche Rechte genießen.

Beschluss des Bundesparteitags 19. Juni 2026: Für gleiche Rechte im Nahen Osten/Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus;

2. Für uns gilt: Wir lehnen sowohl die Hamas als eine durch antisemitische Ideologie geprägte, islamistische Terror-Organisation wie auch andere islamistische Terror-Gruppen ab und verurteilen die von ihnen verübte völker- und menschenrechtswidrige Gewalt. Wir lehnen jegliche Unterstützung für ihr nahestehenden Organisationen ab.

Beschluss des Bundesparteitags 19. Juni 2026: Für gleiche Rechte im Nahen Osten/Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus;

3. Selbstverständlich sind antisemitische Hassparolen, die Billigung des Terrors der Hamas oder Forderungen nach der Auslöschung Israels zu unterbinden. Gruppierungen, die sich so äußern, werden niemals politische Partnerinnen der Linken sein oder mit uns gemeinsam auf die Straße gehen. Wenn sich Menschen aber treffen, um Anteilnahme und Sorge über die Bevölkerung eines Kriegsgebietes auszudrücken und für Frieden demonstrieren, muss die Berliner Polizei das ermöglichen und schützen.

DIE LINKE Berlin sagt Nein zu Antisemitismus und Rassismus und Ja zur Versammlungsfreiheit!, 24. November 2023, Beschluss 28/2/9;

4. DIE LINKE Berlin wendet sich gegen alle Versuche, die Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten für rechte und rassistische Propaganda zu instrumentalisieren und gegen unsere vielfältige, multikulturelle Gesellschaft Stimmung zu machen. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, die in unserer Verfassung garantierten Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit für alle zu verteidigen. Dafür steht Die Linke Berlin. Trauer, Sorgen und Wut über den Verlust von Angehörigen müssen in unserer Gesellschaft besprechbar sein. Für ein friedliches Miteinander in Berlin sind Pauschalierungen kontraproduktiv.

DIE LINKE Berlin sagt Nein zu Antisemitismus und Rassismus und Ja zur Versammlungsfreiheit!, 24. November 2023, Beschluss 28/2/9.

Am 13.10.2026 im Abgeordnetenhaus von Berlin gezeichnet von:

Ender Atakul, Dr. Julia Behrens, Sarah Bigall, Maria Bigos, Sarah Bremer, Franziska Brychcy, Pilar Caballero Alvarez, Ruby Cichon, Philipp Dehne, Leonhard Diederich, Dr. Michael Efler, Vanessa Emde, Claudia Engelmann, Elif Eralp, Jessica Gerke, Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Maxi Häber, Deike Janssen, Martha Kleedörfer, Hendrikje Klein, Dr. Hans Kromrey, Antonio Leonhardt, Katharina Marg, Steffen Osteher, Marcus Otto, Lisa Pfitzmann, Dr. Sonja Radde, Niklas Schenker, Maximilian Schirmer, Niklas Schrader, Tobias Schulze, Ekkehard Spiegel, Enja Springob, Elisabeth Staudt, Rouzbeh Taheri, Eda Terkan, Bjoern Tielebein, Dr. Andreas Umgelter, Damiano Valgolio, Moritz Warnke, Kerstin Wolter, Thomas Wulfes, Betül Havva Yilmaz, Christian Zebisch.

Verhandlungen und eine Konfliktlösung auf der Grundlage des Völkerrechts statt Krieg in Nahost!

Wir dokumentieren nachfolgend die Erklärung der Landesvereinigung Hamburg der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) vom 7. Oktober, veröffentlicht genau drei Jahre nach »dem antisemitischen Massaker und der Verschleppung hunderter israelischer Geiseln durch die Hamas und ihre Verbündeten«.

Am 7. Oktober 2023 hat mit dem antisemitischen Massaker und der Verschleppung hunderter israelischer Geiseln durch die Hamas und ihre Verbündeten eine neue Eskalation der Gewalt in der Region begonnen.

Die danach von der israelischen Regierung propagierte »vollständige Vernichtung der Hamas« mit Flächenbombardements in Gaza hat inzwischen zehntausende zivile Opfer gekostet und zu einer humanitären Katastrophe in Gaza geführt, die bis heute anhält. Zugleich führen Siedlergewalt und der Bau weiterer israelischer Siedlungen in der Westbank zu weiterer Zerstörung palästinensischer Orte und zur Vertreibung der Bewohner:innen aus ihrer Heimat.

Seit dem Beginn der israelischen Angriffe auf Gaza ist es weltweit und auch in Deutschland zu Bedrohungen und

Angriffen gegen jüdische Menschen und Einrichtungen gekommen. Die VVN-BdA steht an der Seite der Betroffenen. Jüdische Menschen für die kriegserische Reaktion Israels auf den Angriff der Hamas verantwortlich zu machen, ist antisemitisch.

Für die VVN-BdA ist das Verhältnis zu Israel in erster Linie davon bestimmt, dass dort eine große Zahl von Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen leben. Israel war und ist Zufluchtsort für jüdische Menschen aus aller Welt.

Wer wie die Hamas und ihre Verbündeten diese grundsätzliche Konsequenz nach dem Holocaust infrage stellt und alle jüdischen Israelis zu Terror-Zielen erklärt, kann für uns kein Bündnispartner sein. Genau das tun die

Gruppe Thwara als Anmelderin und das »Hamburger Bündnis Palästina« für den 7. Oktober in Hamburg, die – analog zur 2023 von der Hamas ausgerufenen »Al-Aqsa-Flut – aufrufen, die Straßen Hamburgs zu »fluten« und in Wort und Bild mit der Losung »Bis zur vollständigen Befreiung« das Ende des Staates Israel fordern.



Unsere Bündnispartner sind die Kräfte der Demokratie und des Friedens in Israel und Palästina, die für Verhandlungen und eine Konfliktlösung auf der Grundlage des Völkerrechts eintreten.

In diesem Sinne erklären wir:

- Die VVN-BdA erkennt das Recht Israels auf Selbstverteidigung an. Gleichzeitig hat Israel wie alle Staaten die Verpflichtung, völkerrechtliche und humanitäre Standards einzuhalten.
- Wir verurteilen alle Bestrebungen rechter und rechtsextremer Kräfte in Israel nach Annexion palästinensischer Gebiete und Vertreibung palästinensischer Bevölkerungsteile.
- Wir verurteilen die Politik Israels hinsichtlich der gegen Völkerrecht und israelisches Recht verstoßenden Siedlungen im Westjordanland und der dortigen menschen- und völkerrechtswidrigen Besatzungspraxis. Die Siedlungs- und Besatzungspolitik und die mit ihr verbundene Entrechtung, Enteignung und Vertreibung palästinensischer Einwohner*innen stehen einer Konfliktlösung im Sinne von Frieden, Sicherheit und Gleichberechtigung für alle Bevölkerungsgruppen der Region entgegen.
- Die VVN-BdA bekräftigt ihre Unterstützung für die Kräfte der Demokratie und des Friedens auf israelischer und palästinensischer Seite, wie z.B. **עמק נדח'ים יחדיו** | *standing together*, die für Verhandlungen und eine Konfliktlösung auf der Grundlage des Völkerrechts eintreten.

Wir distanzieren uns ausdrücklich von dem Versuch, den Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 als Teil eines legitimen Befreiungskampfes darzustellen und so die Ermordung von 1195 Menschen an diesem Tag oder später in Geiselhaft zu heroisieren.

Termine ohne Tipps

Am **Dienstag, den 27. Oktober**, geht es ab 17.30 Uhr im Rudolf Steiner Haus (Mittelweg 11–12) um das Thema **Bürgerbeteiligung, Digitalisierung & Künstliche Intelligenz – Wie passt das zusammen?** Diskutieren werden diese Frage der Direktor des Berlin Instituts für Partizipation Jörg Sommer, Antonie Casper von DIPAS Analytics und dem Digitalexperten Timo Lundelius, moderiert von Helena Peltonen-Gassmann, Co-Sprecherin im Zukunftsrat Hamburg. Weiteres [hier](#).

Gegen das Vergessen, das ist das Motto des Auschwitz-Komitees, das nächste Mal anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht 1938. Am **Dienstag, den 10. November**, wird der **Hamburger Hafen zwischen 1939 und 1945** betrachtet. **Aufrüstung, Zwangsarbeit und Plünderung jüdischen Eigentums** stehen dabei im Mittelpunkt. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Hörsaal des Fachbereichs Sozialökonomie (Von-Melle-Park 9). **Bereits am Tag zuvor, also am 9. November**, gibt es von 15.00 bis 16.00 Uhr eine Mahnwache der VVN-BdA eine Mahnwache auf dem Joseph-Carlebach-Platz, ab 14.00 Uhr organisieren Anwohner*innen des Grindelviertels die Aktion »Grindel leuchtet«.

SCHWERE. Historische Verantwortung und aktueller Nutzungsdruck bei denkmalgeschützten NS-Bauten, unter diesem auffälligen Titel laden das Denkmalschutzamt, der Denkmalsverein, die Hamburger Denkmalstiftung und die ZEIT-Stiftung Bucerius zu ihrem nächsten Denkmalsalon am **Donnerstag, den 12. November**, um 20.00 Uhr in den Resonanzraum im Bunker Feldstraße ein. Das Gespräch führen Stephan Trüby, Professor für Architekturtheorie, und Claas Gefroi. Guckst du [hier](#).

Um die offenbar erfolgreiche **Klimapolitik in Dänemark** geht es auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Montag, den 16. November**, um 18.00 Uhr im Reimarus-Saal (Trostbrücke 6). Nach einem einleitenden Vortrag von Ulla Blatt Bendtsen gibt es ein moderiertes Gespräch zwischen ihr und Dr. Jürgen Oßenbrügge, Professor i. R. für Wirtschaftsgeographie.

Netzwerk(en) zur gendersensiblen Stadtgestaltung und Stadtentwicklung in Hamburg 2026, darum machen sich Menschen am **Dienstag, den 17. November**, von 17.00 bis 20.30 Uhr, in der Lawaetz-Stiftung (Neumühlen 16–20). **Frau. Macht. Stadt.**, so der offizielle Titel der Veranstaltung, bei der es um Neue Perspektiven in der sozialen Stadtentwicklung geht.

Zur Geschichte des Rechtspopulismus in Hamburg

Ein Vierteljahrhundert ist es her, dass Roland Schill, alias »Richter Gnadenlos«, durch Bürgermeister Ole von Beust (CDU) zum Innensenator ernannt wurde. Eine denkwürdige Zäsur nicht nur in der Geschichte Hamburgs, sondern der ganzen Bundesrepublik, war damals doch erstmals ein extremer Rechtspopulist in Regierungsverantwortung gehoben worden. Gaston Kirsche erinnert in seinem Rückblick an das Ereignis und die Folgen und spricht darüber mit Meinhard Meuche-Mäker, der 2001 gerade die Leitung des Regionalbüros Hamburg der PDS-Bundestagsfraktion übernommen hatte. Wir danken dem Autor für die Möglichkeit der Aufnahme dieser Ausführungen, die erstmals im »Neuen Deutschland« veröffentlicht worden waren.



Protest und Widerstand gegen die Schill'sche Senatspolitik vom ersten Tag an, hier am 10. Juli 2001 (alle Fotos zu den Schill-Beiträgen vom Fotokollektiv Archiv)

25 Jahre Schill-Partei: Hamburg gnadenlos

Von Gaston Kirsche

Vor 25 Jahren war bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. September 2001 die Überraschung groß: Die erst kurz gegründete rechtskonservative Schill-Partei erhielt aus dem Stand 19,4 % der Stimmen und zog in die Landesregierung ein.

Erst 14 Monate zuvor war die rechtskonservative Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) gegründet worden. Zugeschnitten war sie auf ihren Gründer und Spitzenkandidaten Ronald Barnabas Schill, weswegen sie meist Schill-Partei genannt wurde. Und nun triumphierte auf diese bis damals unbekannte Art, ein Rechtspopulist nahezu ohne Parteiapparat – und dass ausgerechnet in Hamburg, das von seinem Image als weltoffene, liberale Stadt lebt. Aber dies gilt eben zuvor erst für freie nationale wie internationale Kapital- und Handelsströme und ganz liberal für Lieferketten, Verkauf und Industrieproduktion ohne allzu viel störende soziale Aufla-

gen. Die dadurch sozial Abgehängten sollen nicht auffallen, die dadurch Verarmten aus dem globalen Süden sollen bleiben, wo der Pfeffer wächst. Das war auch schon 2001 so, in der Stadt hatte die Sichtbarkeit von Armut und Verelendung sowie Drogenkonsum seit der Wiedervereinigung 1990 und dem Zusammenbruch der Staaten rund um die Sowjetunion stetig zugenommen. Die islamistischen Attentate vom 11. September 2001 wirkten auch in Hamburg wie ein Schock und trieben der Schill-Partei vermutlich Wählende zu: Denn in der Hochphase des Wahlkampfes wurde bekannt, dass Mohammed Atta, der Leiter der Terroristen, gemeinsam mit weiteren Attentätern jahrelang in Hamburg-Heimfeld in der Marienstraße 54 gelebt und studiert hatte. So wurde Schill 2001 unter Ole von Beust in der Koalitionsregierung CDU/Schill-Partei/FDP zweiter Bürgermeister und Innensenator.



10. Juli 2001

In dieser Zeit vor dem Aufstieg der Social-Media-Internetplattformen waren die Medien des Springerverlags in Hamburg tonangebend – wie auch Meinhard Meuche-Mäker im unten stehenden Interview feststellt. Dabei hatte auch die in Hamburg damals seit 44 Jahren regierende SPD bereits in den 1990er-Jahren auf einen Sicherheitsdiskurs gesetzt, der auf autoritäre Lösungen hinauslief: »Schon 1997 hatte der damalige Bürgermeister und Spitzenkandidat der SPD, Henning Voscherau, das Thema Innere Sicherheit gesetzt, seine Schlagworte waren ›Zero tolerance‹ und die ›broken windows-Theorie‹, erinnert sich Heike Sudmann, heute Co-Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft im Gespräch mit dem Autor. Die Broken-Windows-Theorie, entwickelt 1982 von den US-Sozialforschern James Q. Wilson und George L. Kelling, besagt, dass sichtbare Zeichen von Unordnung und Verwahrlosung in einem Stadtteil – wie eben zerbrochene Fenster und Müll – das Signal aussenden, dass Gesetze und Regeln nicht durchgesetzt werden, was Kriminelle ermutigt. Soziale Ursachen von Verwahrlosung und Armut werden dabei ausgeblendet, so Heike Sudmann: »Bettelnde und drogenabhängige Menschen wurden vor allem als Gefahr und nicht als Auswirkung von politischen Maßnahmen beschrieben. Schill, der sich durch drakonische Urteile schon einen Namen als »Richter Gnadenlos« gemacht hatte, erklärte Hamburg zur kriminellsten Stadt Deutschland.«



16. April 2002

Heike Sudmann war von 1993 bis 1999 GAL-Abgeordnete, nach Verlassen der grünen Partei aus Protest gegen die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Serbien von 1999 bis 2001 Vorsitzende der REGENBOGEN-Gruppe in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Massiv unterstützt von der Springer-Presse, vor allem Hamburger Abendblatt und BILD, schürte Schill Angst und Unsicherheit, als Amtsrichter wurde ihm qua Beruf Expertise zugeschrieben«. Und während die SPD wenige Monate vor der Wahl ihren als zu liberal kritisierten Innenminister Hartmut Wrocklage durch Olaf Scholz ersetzte, der sich als Hardliner mit dem Brechmitteleinsatz gegen als Drogendealer Verdächtige profilieren wollte, witterte »die CDU als ewige Opposition ihre Chance und erklärte ohne Not frühzeitig eine Koalition mit Schill für denkbar, was ihn hoffähig machte«, so Heike Sudmann. Die vielfältige Linke der Stadt, über die Schill gerne herzog, unterschätzte die Wirkung dieser medialen Hofierung. »Ich fand es damals schon surreal, ähnlich wie heutzutage Trump, dass so einem Menschen, der lügt und hetzt, so sehr geglaubt wird, und ihm überhaupt irgendeine Form von Macht anvertraut wird – nicht nur im Gerichtssaal« meint L., wie sie nur genannt werden will, im Gespräch mit dem Autor. L. war und ist in der autonomen Szene Hamburgs unterwegs.



25. Juni 2001

»Sehr viele Hamburger*innen hatten mit den Folgen zu tun. Knallharte Drogenpolitik, Hetze gegen ›Ausländer*innen‹, die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule gingen auf Schills Konto, CDU und FDP labten sich an Privatisierungen und Sozialabbau«, erinnert Heike Sudmann. Dagegen gab es viele Proteste, gegen welche die von Schill getrimmte Polizei massiv vorging. Siehe dazu das nebenstehende Interview mit Dirk Hauer. »Vielleicht müsste die Frage eher lauten, wo diese Koalition nicht für Proteste sorgte«, so Heike Sudmann: »Jedenfalls war die Zahl der Demos groß. Mal waren wir wenige Hunderte, mal Zehntausende, die auf die Straße gingen«. Auf der Straße im Schanzenviertel und St. Pauli erscholl wochenlang im Winter 2002 immer wieder der Ruf »Bambule! Bambule!«. Am 4. November 2002 ließ Schill den im Karolinenviertel gut vernetzten Bauwagenplatz Bambule martialisch räumen. »Es gab ja vor allem die Demos rund um die Bambule Räumung, aber auch ansonsten viele Demos«, so L.: »Bambule konnte damals nicht gerettet werden, aber dass die

meisten anderen Bauwagenplätze jetzt einen sicheren Status haben, ist schon auch aus der damaligen Solidarität heraus entstanden. Auch wenn ja fast jeder Platz eine andere rechtliche Grundlage hat, ist der Wille der Politik, so massiv Stimmung gegen die paar Bauwagenplätze zu machen, momentan ja gering«. Für Schill war die Räumung des Bambule-Bauwagenplatzes mitten in der damaligen Autonomenhochburg St. Pauli ein hochsymbolischer Sieg. Schill erzielte gerne viel Aufmerksamkeit mit seinen als Spektakel angelegten Provokationen. Aber nach nur zwei Jahren entließ Bürgermeister Ole von Beust nach internen Machtkämpfen, zahlreichen Skandalen und einem heftigen Eklat den Innensenator Schill im August 2003.

»Gescheitert ist die Schill-Partei an Ronald Schill mit seinen Eskapaden und an anderen seltsamen Personen in der Partei«, betont Heike Sudmann: »Aber auch an absurden Versprechungen, wie die Kriminalität in 100 Tagen zu halbieren. Quasi Donald Trump in klein, nur dass der leider politisch langlebiger ist«.

Kurze Zeit später wurde Schill sogar aus seiner eigenen Partei ausgeschlossen, die in sich zusammenfiel und bei Neuwahlen im Februar 2004 nur noch auf 0,4 Prozent kam. Schill selbst kam mit der Konkurrenz kandidatur Pro DM/Schill-Partei auch nur auf magere 3,1 Prozent. Was die Koalition CDU/Schill-Partei/FDP ab 2001 begann, setzte die CDU ab 2004 alleine fort. Schill wanderte nach Rio de Janeiro aus und ließ sich nur noch für Auftritte in Reality-TV-Formaten in Deutschland blicken. Die AfD wäre ihm vermutlich zu rechtsextrem. 2002 schmiss er einen Überläufer von der Union, den vormaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Fredrick Schulze, aus seiner Partei, weil der in seiner Gegenwart Gegendemonstranten zurief, sie sollten »sich lieber Arbeit suchen, denn Arbeit macht frei!« Mit NS-Verherrlichung wollte Schill nichts zu tun haben. Er ist ein Enkel des kommunistischen Widerstandskämpfers Kurt Schill, der 1944 im KZ Neuengamme erschossen wurde.



... und so geschah es dann auch, leider noch nicht am 16. April 2002.

Aber etliche seiner Parteimitglieder traten später der AfD bei: »Ex-Schillianer sind heute noch aktiv, wie etwa der Fraktionsvorsitzende der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann«, so Heike Sudmann: »Trotz der Erfahrungen mit dem Aufstieg von Schill fehlt bei den anderen demokratischen Parteien die Einsicht, dass ein Kopieren oder eine Annäherung an die Forderungen der Rechtsextremen nur dem Original nützt«. Aber: »Die AfD hat sich ziemlich schnell klar rechtsextremistisch entwickelt. Die Schillpartei war langsamer und hat nicht lange genug existiert, um ihren Rechtspopulismus so extrem auszubauen«.

L. wirft die Frage auf, ob sich wie 2001 auch heute noch die »Schillwähler*innen wieder dafür entscheiden würden, sie zu wählen, ob sie inzwischen eher AfD wählen oder so einem korrupten Haufen nicht wieder die Stimme geben. Wobei wir bei der Frage wären ob sich noch etwas von der Politik der Schill-Partei in der Hamburger Politik wiederfindet. So wurden Vorstöße von Schill in der Sicherheitspolitik gerne aufgenommen und weiter verfolgt, egal, ob von der CDU oder SPD. Für mich ist fraglich, ob wir nicht am gleichen Punkt stehen würden auch ohne die Schill-Partei«.

»Die Schill-Partei ist an den von ihr nicht eingelösten Versprechen gescheitert«

Interview mit *Meinhard Meuche-Mäker*, Diplom-Politologe, 2001 Leiter des Regionalbüros Hamburg der PDS-Bundestagsfraktion, später langjähriger Leiter des Hamburger Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Fragen stellte *Gaston Kirsche*.

Wodurch war das Phänomen Schill vor 25 Jahren möglich?

44 Jahre regierte in Hamburg die SPD allein oder mit schwachen Koalitionspartnern und hatte sich die Stadt zur Beute gemacht. Der Filz war nicht nur ein rechtes Wahlkampfthema. Und die Modernisierungsprozesse in der Großstadt führten zu ungelösten Problemen und Konflikten: Drogenkonsum und Kriminalität, Arbeitslosigkeit und städtische Versorgung. Das störte sehr viele Menschen – weit mehr als nur Schillwähler*innen. In dieser Situation positionierte sich

Schill als »Richter Gnadenlos« mit extrem harten Urteilen in Bagatellfällen und wurde zunehmend von der in Hamburg dominanten Springerpresse – Bild, Hamburger Abendblatt, Welt – hochgeschrieben. Das kam Schill, der zweifelsohne eine charismatische Figur war, sehr zu pass. Er konnte Zustimmung aus unterschiedlichen politischen und sozialen Milieus in der Stadt generieren. Und der Durchbruch gelang, als der ewige Wahlverlierer Ole von Beust seine letzte Chance Bürgermeister zu werden darin sah, für eine Koalition von CDU und FDP die Schillpartei als Mehrheitsbeschaffer mit ins Boot zu holen.



Meinhard Meuche-Mäker (Foto: Privat)

Wie hast du den Wahlerfolg und den Eintritt der Schillpartei in den Senat erlebt?

Das Wahlergebnis übertraf die Umfragewerte nochmal deutlich und das war natürlich schon ein Einschnitt. Ich hatte mehrere Wahlkampfveranstaltungen von Schill besucht und der harte polemische Ton – vor allem gegen die SPD, aber auch gegen das grün-alternative und linke Spektrum – war mir nicht nur aus den Medien bekannt. Aber es gab ab dem Wahlabend den Eindruck: Wir müssen uns jetzt warm anziehen.

Wurde der Wahlerfolg von Schill damals von der Hamburger PDS erwartet?

Die Hamburger PDS war in diesem Zeitraum stark zerstritten und kaum handlungsfähig. Ihr Mobilisierungspotenzial war gering. Ein Teil kandidierte bei dieser Bürgerschaftswahl dann beim Wahlbündnis Regenbogen, der andere Teil als PDS.

Und es gab damals natürlich auch den bekannten Gegensatz, ob linke Politik die potenziellen Wähler*innen der Schillpartei erreichen und zu überzeugen versuchen müsse oder ob es reicht, die üblichen Anti-Reflexe wie »Schill-out« oder »Weg mit ...« zu bedienen. Aber in den Wochen vor der Wahl war wohl allen klar, dass das Übel ausgehen wird.

Und woran ist die Schillpartei dann gescheitert?

An sich selbst – oder besser gesagt an den von ihr nicht eingelösten Versprechen. Einerseits gab es den Partysenator Schill als Galionsfigur der Partei, der andere die Senatsarbeit machen ließ. Aber die Partei hatte kaum Expert*innen für die Parlaments- und Parteiarbeit, dafür jede Menge an Selbstdarstellern und verkrachten Existenzen. Und wenn Teile des Bürgertums – und eben auch die Springerpresse – eine Partei aus Gründen massiv unterstützen, dann wollen sie auch Ergebnisse in ihrem Sinne sehen. Wer hochgeschrieben wird, kann auch sehr tief fallen.

Trotzdem wirkt die Schillpartei bis heute auf die Hamburgische Politik nach?

Es gab in den Monaten als Schill Innensenator war eine ganze Reihe von turnusmäßigen Neubesetzungen in der Polizeiführung. Die waren auch Jahre nach Schill in ihren Funktionen und verantworteten einen wesentlich repressiveren Kurs – später auch unter sozialdemokratischen Innensensoren. Das Agieren der Polizei beim G20-Gipfel in Hamburg ist manchem bestimmt noch in schlechter Erinnerung.

Und meines Erachtens hat der Erfolg der Schillpartei zu einer Rechtsverschiebung innerhalb der Union geführt. Schills Wahlerfolg im Herbst 2001 war ein Jahr vor der Bundestagswahl. CSU-Chef Stoiber wurde zum Kanzlerkandidaten gekürt. Das Thema Law and Order, ihre Kernkompetenz, konnte sich die Union nicht nehmen lassen. Zudem wusste zu dem Zeitpunkt ja niemand, ob die bundesweite Ausdehnung der Schillpartei funktionieren würde.

Inwiefern lieferte Schill eine Blaupause für den Aufstieg der rechtsextremen AfD?

Na ja, das wäre die Frage. Die Schillpartei war ja monothematisch aufgestellt. Verbrechensbekämpfung, Innere Sicherheit war das zentrale Thema, bestenfalls mit ein bisschen Garnitur. Fast wie eine Ein-Punkt-Initiative, die ins Parlament drängt. Davon hat sich die AfD 2013 deutlich unterschieden. Auch wenn sie sich zu Beginn auf ökonomische Fragen konzentrierte. Wenn sich jemand bei der AfD die Entwicklung der Schillpartei angesehen hat, dann war die Schlussfolgerung wahrscheinlich eher, wie man es nicht machen sollte.

Worin unterscheiden sich Schillpartei und AfD?

Die Schillpartei würde ich eher als rechtskonservativ populistisch bezeichnen. Aber bemüht um eine klare Abgrenzung gegenüber extrem rechten Positionen. Zum Beispiel von der FPÖ. Das heißt nicht, dass die markigen Sprüche von Schill und Co keinen rassistischen, gegen Migranten gerichteten Subtext gehabt hätten. Vergleichbar wäre das vielleicht mit dem dummen Gerede von kleinen Paschas und Stadtbild. Die Luftherrschaft über den Stammtischen wurde spielend erobert. Ob sich die Schillpartei weiter nach rechts entwickelt hätte, wenn sie länger und bundesweit existiert hätte, wäre reine Spekulation.

Aber der Rückblick auf 25 Jahre Wahlerfolg von Ronald Schill ist über Hamburg hinaus interessant?

Es kann spannend sein, dieses historische Ereignis anzusehen, um anhand der Ähnlichkeiten und Unterschiede zu heutigen Auseinandersetzungen auch über eine sinnvolle Strategie gegen die radikale Rechte zu sprechen. Auch damals war es für viele links oder linksliberal Eingestellte wichtiger, sich darin zu bestärken, wie widerlich diese Schillianer und ihre Wähler*innen sind, als sich zu überlegen, wie Menschen außerhalb der eigenen Wohlfühlzone erreicht werden können.



Veranstaltungs- und Plakatoffensive der Hamburger LINKEN im Herbst 2026



Vom »Recht auf Wohnen« (1)

Statement des Hamburger Netzwerks Recht auf Stadt

Im Herbst 2008 ist das Netzwerk Recht auf Stadt (RaS) in Hamburg angetreten, um sich für eine andere Stadt(entwicklungs)politik einzusetzen. Ein Schwerpunkt war dabei über etliche Jahre die katastrophale Wohnungs- und Mietenpolitik. Hervorgegangen sind aus diesem Engagement des RaS-Netzwerks und der ihm angeschlossenen Gruppen, Initiativen und Vereinen aus der ganzen Stadt mehrere Großdemonstrationen mit tausenden Teilnehmer*innen. Corona hat die Treffen dann weitgehend zum Erliegen gebracht. In den

vergangenen zwei, drei Jahren hat sich das »Netzwerk der Hamburger Initiativen für eine Stadt für Alle« allerdings wieder berappelt. Nun hat RaS ein interessantes wohnungs- und mietenpolitisches Diskussionspapier zur Wohnungs- und Mietenpolitik in Hamburg veröffentlicht, das wir in zwei Teilen, also in diesem und im folgenden »Bürger*innenbrief«, aufnehmen. Wir danken den Verfasser*innen vom Netzwerk für diese Möglichkeit. Das Dokument findet sich komplett im Netz und beinhaltet dort auch noch einen Faktenanhang.

Recht auf Stadt zur Wohnungs- und Mietenpolitik

Das folgende Papier wurde von der »Arbeitsgemeinschaft Wohnen ist Menschenrecht« des Netzwerkes Recht auf Stadt Hamburg entwickelt und nach Diskussion auf einem Workshop des Netzwerkes (1. Februar 2026) überarbeitet. Der Text wurde schließlich auf dem Netzwerktreffen am 13. September 2026 an einigen Stellen korrigiert und ergänzt und bildet nun den aktuellen, ungeschlossenen Diskussionsstand im Netzwerk ab.

Diskussionspapier »Recht auf Wohnen«

Gemeinsam gegen die Wohnungsnot! In Hamburg herrscht Wohnungsnot.

Wer gegenwärtig in Hamburg eine Wohnung sucht, wird mit der dramatischen Erfahrung eines aufgeheizten Wohnungsmarktes konfrontiert. Laut einem Gutachten der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen belief sich die stadtweite Angebotsmiete (also die Mieten der Wohnungen, die auf dem

freien Markt angeboten werden) bereits im Jahr 2023 auf 14,71 Euro/m² nettokalt. Anfang 2025 lag sie einer Erhebung zufolge bei 15,62 Euro/m² nettokalt. Damit sind Preise erreicht, die sich nur noch gutverdienende Haushalte leisten können. Für Menschen mit niedrigem und mittlerem Ein-

kommen ist die Suche nach einer neuen Wohnung in Hamburg inzwischen fast aussichtslos. Die Wohnungsnot betrifft mehr und mehr auch Menschen in bestehenden Mietverhältnissen, deren Mieten infolge des Mietenspiegels oder aufgrund von Staffel- oder Indexmietverträgen regelhaft steigen. Sie schlägt allerdings umso härter bei denjenigen durch, die – aus welchem Grund auch immer – hier und heute eine neue Wohnung brauchen. Wer infolge von Familienzuwachs, Trennung oder Wohnortwechsel eine Wohnung sucht, findet entweder nichts oder wird gezwungen Mieten zu bezahlen, die in Armut drängen. Zusätzliche Probleme bereitet die Intransparenz des Wohnungsmarktes: Insbesondere zu den Wohnungsbeständen in privater Hand besteht weitgehende Unkenntnis über die tatsächlichen Eigentümer*innen und ihre Geschäftsmodelle, wie Studien von Correctiv und der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgearbeitet haben. Gleichzeitig führt die Marktmacht der Angebotsseite, also der Vermieter*innen, zu immer absurderen Forderungen an Wohnungssuchende. Wohnungsbewerbungen arten zu einer Bloßstellung privater Daten aus. Die Not, keine Wohnung zu finden, führt ebenso wie die Sorge, aus einer bestehenden Wohnung herausgedrängt zu werden, in Hamburg heutzutage zu existenzieller Unsicherheit – und das macht vielen Menschen Angst.

Noch erschreckender stellt sich die Situation für diejenigen dar, die bereits ohne Wohnung sind: Derzeit sind ca. 4.000 Menschen in Hamburg obdachlos und rund 32.000 Menschen wohnen in einer öffentlich-rechtlichen Unterkunft. Das Ausmaß der Wohnungs- und Obdachlosigkeit hat sich deutschlandweit und insbesondere in Hamburg innerhalb der vergangenen Jahre erheblich erhöht. Zwangsräumungen nehmen zu. Und die angekündigte Verschärfung der Sanktionen im Rahmen der sogenannten Grundsicherung lassen befürchten, dass in den kommenden Jahren immer mehr Menschen, die staatliche Transferleistungen beziehen, aus ihren Wohnungen gedrängt werden.

Das Verblüffende und aus unserer Sicht Katastrophale ist: **Der Hamburg Senat verkennt das Ausmaß des Problems!** Die Hamburger SPD und die Grünen sowie die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen loben sich regelmäßig selbst für ihre »gute« Wohnungspolitik und sind der Meinung, dass Hamburg – trotz eines als angespannt geltenden Wohnungsmarktes – »doch sehr viele« bezahlbare und zufriedenstellende Wohnverhältnisse bieten würde.

Das Recht auf Stadt-Netzwerk sieht es als seine Aufgabe, deutlich zu machen, dass Hamburg ein ernsthaftes Wohnungsproblem hat, welches sich zunehmend als soziale Krise manifestiert. Wir werden die Wohnungsnot weiter thematisieren und Bündnisse schließen, um Druck auszuüben – denn das Wohnen muss in dieser Stadt wieder leistbar werden! Und zwar für Alle. Dafür wollen wir an das Wissen, die Ideen und die Proteste der Bewohner*innen in den Quartieren und der Initiativen in den Stadtteilen anknüpfen. Wir wollen gemeinsam mit Mietervereinen, Fachleuten, Wohnprojekten, gemeinwohlorientierten Bauherr*innen, politischen Parteien und Aktivist*innen reden, uns vernetzen und kämpfen.

Lasst uns gemeinsam ein Netzwerk schaffen, dass sich für das gute Wohnen für Alle in Hamburg einsetzt! Dafür haben wir als Diskussionsgrundlage anhand von zehn Themen/Thesen die aktuelle Situation zusammengefasst und unsere Forderungen artikuliert. Schließt euch uns an, wenn ihr diese Forderungen unterstützt, und lasst uns hier und heute mit der Umsetzung beginnen.

1. Gemeinwohlorientierung statt Profitlogik

Wir befinden uns in einer Notlage des Wohnens. Der Hamburger Wohnungsmarkt ist nicht einfach »angespannt«, sondern er erzeugt tagtäglich Verdrängung, Ausschluss und Angst bei all denjenigen, die auf ein leistbares Zuhause angewiesen sind. Das Problem der seit Jahrzehnten steigenden Mieten und Wohnungspreise sind die Märkte selbst: Immobilien gelten spätestens seit der Finanzkrise von 2009 als sicherer Anlageort für Kapital, das nach Rendite sucht. Die Gewinne, die auf dem Bodenmarkt, in der Baubranche oder in Wohnungsverkauf und -vermietung erzielt werden, zahlen am Ende die Mieter*innen. Der Hamburger Senat versucht das Problem im Schulterschluss mit der Wohnungswirtschaft (»Bündnis für das Wohnen«) vorrangig durch Neubau in den Griff zu bekommen – und scheitert daran bis heute. Es ist wahr, dass Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern verhältnismäßig viel Geld einsetzt, um das Politikfeld Wohnen zu gestalten. Es ist jedoch leider auch wahr, dass das bisherige Engagement der Stadt vorrangig als Wirtschaftsförderung konzipiert ist und in sozialer Hinsicht absolut nicht ausreicht. Die nötigen politischen Veränderungen erfordern viel eher weitergehende und durchgreifende Maßnahmen – aufbauend auf der grundlegenden Erkenntnis, dass der Markt die Probleme nicht löst, sondern verschärft.

Wir fordern:

- Eine sozial ausgerichtete Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und Profitabsichten Grenzen setzt.
- Die Schaffung und schrittweise Vergrößerung eines Segmentes auf dem Wohnungsmarkt, mit dem Wohnungen als Teil der Daseinsvorsorge begriffen und auch in dieser Weise zur Verfügung gestellt werden.
- Einführung einer (echten) gesetzlichen Wohngemeinnützigkeit, die es gemeinwohlorientierten Bauherr*innen ermöglicht, bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu erstellen. Denn Wohnen ist ein existenzieller Bereich des menschlichen Lebens.
- Gemeinwohlorientiertes Wohnen kann von Bauherr*innen wie Genossenschaften, Wohnprojekten oder Stiftungen erstellt werden, sofern diese im dafür erforderlichen Maße politisch und finanziell unterstützt werden. Es kann durch kommunale Unternehmen wie die SAGA realisiert werden, sofern diese gemeinwohlorientiert agieren. Und es kann durch die Vergesellschaftung profitorientierter Unternehmen und die Überführung ihrer Wohnungsbestände in gemeinwohlorientierte Eigentumsstrukturen erreicht werden.
- Das Vorgehen und die nötigen Instrumente müssen teils noch entwickelt, teils in der Praxis erprobt werden – das

Ziel ist klar: eine gemeinwohlorientierte Wohnungsver-sorgung, die allen Menschen ein angstfreies und leistbares Wohnen in der Stadt ermöglicht.

2. Mieten senken, Mieter*innenrechte stärken und Situation von Leistungsbezieher*innen verbessern

Die Mieten sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Mietpreisbremse, die den Anstieg begrenzen soll, hat zu viele Einschränkungen (z. B. greift sie bei Indexmieten nicht langfristig) und erlaubt Ausnahmen (z. B. bei einer hohen Miete in der vorherigen Vermietung). Aktualisierte Miet-spiegel führen regelmäßig und flächendeckend zu weiteren Mieterhöhungen. Abgesehen von Sozialwohnungen, Genos-senschaften und den Wohnungen der SAGA sind die (Neu-vertrags-)Mieten inzwischen auf einem Niveau, die auch die Mieter*innen aus den Mittelschichten häufig in die Armut treiben – wenn sie denn überhaupt eine Wohnung finden. Diese Notlage wird weiter verschärft durch den Missbrauch von Regelungen wie zum Beispiel das ausufernde Angebot möblierter Wohnungen zur Umgehung der Mietpreisbremse. Eigenbedarfskündigungen sind unter der dramatischen Mangelsituation eine existentielle Bedrohung.

In besonderem Maße von der Wohnungsnot betroffen sind Menschen, die zum Bestreiten ihrer Wohnkosten auf staat-liche Sozialleistungen angewiesen sind. Die Richtwerte zur Beurteilung der Angemessenheit der Miethöhe für Sozial-leistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII) sind so niedrig an-gesetzt, dass Mieter*innen häufig auf eine aussichtslose Su-che nach einer günstigeren Wohnung geschickt werden oder Menschen die Differenz zwischen Regelsatz und tatsächlichen Wohnkosten selbst zahlen – und dadurch immer stärker in die Armut und unter Umständen in die Wohnungslosigkeit ge-drängt werden. Lange Bearbeitungszeiten und das Erfordernis umfassende Unterlagen vorzulegen, führen immer häufiger zu großen Mietrückständen. Das ist ein Problem, weil sogenannte Schonfristzahlungen (das Begleichen der Mietrückstände) nur fristlose und keine fristgemäßen Kündigungen unwirksam machen. Viele Vermieter*innen nutzen diese Situation, um unliebsame Mieter*innen loszuwerden. Außerdem können Schonfristzahlungen innerhalb von zwei Jahren nur einmal vorgenommen werden und für fristlose Kündigungen we-gen Mietrückständen ist es egal, ob die Mieter*innen selbst oder die Behörde die Nichtzahlung verursacht hat. Wenn Mie-ter*innen Spielball der Behörden werden, kann dies also auch schnell zum Wohnungsverlust führen.

Wir fordern:

- Für alle Menschen, unabhängig von Ihrem Einkommen, ein verlässliches Zuhause und ausreichend günstige Woh-nungen für alle Wohnungssuchenden. Die Mieten werden auf ein sozial verträgliches Maß zurückgeführt, niemand zahlt mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete. Auch Sozialleistungsbezieher*innen können in ihren Wohnungen bleiben und haben eine Chance, ange-messene Wohnungen zu finden. Die Mieter*innenrechte werden gestärkt und alle Mieter*innen müssen ihre Rechte einfach und unkompliziert durchsetzen können.

- Um die Aufwärtsspirale aus Mieterhöhungen, steigendem Mietenspiegel und Mieterhöhungen zu durchbrechen, fordern wir die Deckelung der Mieten durch neu zu schaffende Bundes- und Landesgesetze. Das heißt, auch überhöhte Bestandsmieten werden auf den Deckelbetrag reduziert, Mieterhöhungen über dem Deckelbetrag sind untersagt und Neuvermietungen dürfen maximal zu den Deckelbetragsmieten erfolgen.
- Bis dies durchgesetzt ist, müssen zunächst Indexmie-ten abgeschafft, effektive Verfolgungsmöglichkeiten für Mietpreisüberhöhungen geschaffen und die sonstigen Mieterhöhungsmöglichkeiten stark begrenzt werden. Der Staat wird in die Lage versetzt, bei Mietpreisüberhöhung hohe Bußgelder gegen Vermieter*innen zu verhängen (Reformierung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz). Bei möb-lierten Wohnungen müssen Vermieter*innen den Möblie-rungszuschlag und seine Berechnung offenlegen. Dieser darf maximal 5 Prozent der Nettokaltmiete betragen, ansonsten gilt die Wohnung für die rechtmäßige Miet-höhe als unmöbliert vermietet.

Außerdem fordern wir insgesamt die Stärkung der Mieter*innenrechte:

- Die Kündigungsmöglichkeiten für Vermieter*innen soll-ten so reformiert werden, dass Kündigungen nicht mehr ohne ein vorwerfbares Verhalten (Verschulden) der Mie-ter*innen möglich sind.
- Wer zukünftig eine vermietete Wohnung kauft, darf die darin wohnenden Mieter*innen nicht mithilfe von Eigen-bedarf kündigen (sogenannter »gekaufter Eigenbedarf«).
- Schonfristzahlungen (Begleichen eines Mietrückstands) sollten auch die fristgemäße Kündigung unwirksam ma-chen.
- Die Richtwerte zur Beurteilung der Angemessenheit der Miethöhe für Sozialleistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII) werden so umgestaltet, dass damit tatsächlich auf den Markt kommende freie Mietwohnungen angemietet werden können. Solange die gravierende Wohnungsnot andauert, werden Sozialleistungsbezieher*innen (SGB II, XII) nicht mehr aufgefordert, die Kosten der Unterkunft (KdU) zu senken, wenn ihre Miete die »Richtwerte« der Sozialbehörde überschreitet.

3. Demokratische Strukturen und Mitbestimmung schaffen

Mieter*innen stehen bei Problemen in ihrem Mietverhält-nis (z. B. siehe Punkt 2.) ihren Vermieter*innen in der Re-gel allein gegenüber. Gesetzlich können sie nur mit ihren jeweiligen Vertragspartner*innen streiten – unterstützt von Mietervereinen und/oder Rechtsanwält*innen. Es gibt für Mieter*innen auf der juristischen Ebene keine Möglichkeit, sich kollektiv und damit mit mehr Druck für ihre Inter-essen einzusetzen. Zusätzlich haben viele Haushalte wenig bis keine Kapazitäten, sich auf eine Diskussion oder gar einen Rechtsstreit einzulassen. Aus Angst vor Kündigung werden die teilweise rechtswidrigen Mittel von Vermieter*innen wi-derwillig oder unwissentlich akzeptiert. Fehlende Bildung

hinsichtlich der eigenen Rechte als Mieter*in verschärfen die Situation.

Wir stellen zwei Konzepte zur Diskussion:

Mieter*innenräte. Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat ein detailliertes Konzept zur Vergesellschaftung und Selbstverwaltung durch Mieter*innen von Immobilienkonzernen entwickelt. Die Mieter*innenräte werden räumlich gestaffelt: von Hausgemeinschaften über Siedlungs- und Gebietsräte bis hin zum Gesamtrat. Mieter*innen organisieren sich selbst und wählen Siedlungsräte und Gebietsräte direkt, die Gebietsräte delegieren Vertreter*innen in den Gesamtrat. Die Räte sollen Vielfalt abbilden, dabei 50 % Frauen. Die demokratische Beteiligung soll durch Informationen über Wahlverfahren, Rechte, Schulungen etc. gefördert werden. Ab der Ebene der Gebietsmieter*innenräte werden Aufwandsentschädigungen, bezahlte Stellen und Büros vorgesehen.

Mieter*innengewerkschaft. In Berlin will die Mieter*innengewerkschaft Mieter*innen langfristig und schlagkräftig organisieren, kollektives Mietrecht sowie Mieter*innen-Selbstbestimmung und Vergesellschaftung erkämpfen, neue Kampfmittel wie direkte Aktionen und Formen des Mietstreiks etablieren und Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern ermöglichen. Die Gewerkschaft soll föderalistisch und basisdemokratisch organisiert sein, unabhängig, pluralistisch und diskriminierungsfrei. Sie soll sich lokal und überregional vernetzen mit anderen Initiativen und Gewerkschaften, die im Bereich von Demokratisierung arbeiten und ihren Blick weiten auf stadtpolitische Themen.

Wir fordern:

- Für alle Mieter*innen in ihren Mietverhältnissen weitergehende Mitbestimmungsrechte. Sie können kollektiv niedrige Mieten erstreiten und praktizieren Selbstverwaltung oder entscheiden zumindest mit über Schönheitsreparaturen, einfache Handwerker*innentätigkeiten bis hin zu Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, diskriminierungsfreier Vermietung, Nachverdichtung oder Neubau.
- Die Erprobung von Modellen der Mitbestimmung, um eine reelle Beteiligung von Mieter*innen im Wohnungsmarkt und in wohnungspolitischen Entscheidungen voranzubringen.

4. Neubau konsequent sozial ausrichten

Die Wohnungsneubaupolitik des Senats ist seit vielen Jahren falsch ausgerichtet. Statt vor allem Wohnraum für Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich zu schaffen, wurde gebaut – koste es, was es wolle. Der vom Senat beim Neubau angestrebte Anteil von einem Drittel Sozialwohnungen ist viel zu niedrig angesetzt, da mehr als die Hälfte der Hamburger Haushalte von ihrem Einkommen her Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung hat. Der behauptete Sickereffekt (Neubau im hochpreisigen Segment schaffe durch Umzugsketten letztlich auch Wohnraum für arme Haushalte) tritt in angespannten Märkten wie in Hamburg nicht auf. Im Ergebnis konnte die Neubaupolitik die Versorgung vor allem ärmerer Haushalte nicht verbessern und hat

sogar als Preistreiber gewirkt. Nach Berechnungen fehlen in Hamburg mehr als 100.000 erschwingliche Mietwohnungen. Trotz des Wohnungsbauprogramms seit 2011 besteht in Hamburg weiter ein dramatischer Wohnungsmangel. Wohnungsneubau ist also weiterhin dringend notwendig. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat in 2025 für Hamburg in einer Wohnungsbedarfsprognose einen jährlichen Neubaubedarf von 10.314 Wohnungen errechnet. Allein für die Versorgung der wohnungslosen und geflüchteten Menschen, die noch in Unterkünften leben, fehlen heute jedoch 20.000 Wohnungen.

Der in 2025 von einem Expert*innengremium unter Bau-senatorin Karen Pein veröffentlichte, sogenannte Hamburg Standard soll nun für Wohnungsbauunternehmen einen Leit-faden bieten, möglichst günstig Wohnungsneubau zu betreiben. Auch wenn das Anliegen sinnvoll ist, die hohen Standards im Neubau zu reduzieren und damit die Leistbarkeit von Neubauwohnungen zu gewährleisten, sollte dies nicht auf Kosten von Inklusion und Klimaschutz passieren. Die Kostenersparnisse sollten auch an die Mieter*innen weitergegeben werden – denn das ist nicht durch den Hamburg Standard gesichert.

Unser Ziel ist, dass die Wohnungspolitik in Hamburg alle Menschen mit menschenwürdigem, angemessenem und erschwinglichem Wohnraum in einer lebenswerten Wohnumgebung versorgt. Die Neubaupolitik wird mit einer behutsamen Bestandspolitik verbunden und erfolgt möglichst wenig klimaschädlich. Die bisherige investorenorientierte und renditegetriebene Neubaupolitik wird beendet. Der bezahlbare und den Marktmechanismen entzogene Teil des Wohnungsbestandes wächst jedes Jahr deutlich an.

Wir fordern:

- Erhöhung des Anteils des öffentlich geförderten Wohnungsbaus beim Neubau auf mindestens 80 % (statt Drittel-Mix). Davon die Hälfte mit zusätzlicher Bindung für anerkannt vordringlich wohnungssuchende Haushalte (= Wohnungsnotfälle, die dringend auf eine angemessene Wohnung angewiesen sind und die allein nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu finden).
- Im geförderten Wohnungsbau sollte gelten: Einmal gefördert, für immer sozial gebunden.
- Gemeinwohlorientierte Akteure, die günstigen Wohnraum insbesondere für auf dem Wohnungsmarkt Benachteiligte schaffen, erhalten bei der Grundstücksvergabe und bei der Finanzierung Vorrang.
- Weitere Subventionierung zur Kompensation von steigenden Baukosten für gemeinwohlorientierte Bauvorhaben.
- Konsequente Ausrichtung des Wohnungsbaus auf die Bereiche, wo die größten Mängel bestehen: erschwingliche Wohnungen, kleine Wohnungen und sehr große Wohnungen für kinderreiche Familien.
- Ausreichend Mitarbeiter*innen in den Bezirksämtern, um Baugenehmigungsverfahren und dafür notwendige Abstimmungen zu beschleunigen.
- Es werden Instrumente entwickelt, die die Tendenz zum steigenden durchschnittlichen Quadratmeter-Wohn-

konsum pro Kopf umkehren – dies kann Optionen oder Verpflichtungen zum Wohnungstausch oder Ansätze wie flexible Grundrisse/ später abzutrennende Wohnungen beinhalten.

- Neubau soll vorwiegend auf bereits versiegelten Flächen stattfinden (wg. Klimawandel).
- Der Hamburger Senat soll seine Zusage, jährlich mindestens 1.000 Wohnungen mit 100-jähriger Mietpreisbindung zu bauen, zügig umsetzen (siehe Vereinbarung mit den Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete«).
- Die mit den Volksinitiativen vereinbarten Ausnahmen vom Verkaufsverbot städtischer Grundstücke sollen auch Ausnahmen bleiben, von denen nur im Notfall Gebrauch gemacht werden darf.

5. Wohnen im Bestand sichern

Die Mieten steigen immer mehr. Davon ist die große Mehrheit der Hamburger*innen betroffen, denn fast vier Fünftel aller Haushalte in Hamburg wohnen zur Miete. Immobilienunternehmen eignen sich einen immer höheren Teil des Einkommens von Mieter*innen an, vor allem weil wirksame gesetzliche Mietpreisbegrenzungen/-senkungen fehlen und der extreme Wohnungsmangel in Hamburg Immobilienunternehmen steigende Macht verleiht. Die Mietnebenkosten und die Kosten für Energie haben sich zu einer großen Belastung für Mieter*innen entwickelt.

Der Wohnungsleerstand ist auf einem historisch niedrigen Stand, trotzdem gibt es immer wieder Fälle von spekulativem Leerstand. Ein höherer Leerstand würde sich auf die Mieten preisdämpfend auswirken, Mieter*innen mehr Wahlmöglichkeiten geben und eine Anpassung an neue Wohnbedürfnisse erleichtern. Die Wohnungsversorgung benachteiligter Gruppen würde sich verbessern. Regionen mit über 5 % Leerstand weisen zudem sehr niedrige Wohnungslosenquoten auf. Nichtsdestotrotz muss jeder spekulative oder unnötige Wohnungsleerstand gegebenenfalls durch rechtlich erzwungene Vermietung schnell beendet werden.

Gleichzeitig nimmt die Menge leerstehenden Büroraums stark zu, bis zu 750.000 Quadratmeter Büroraum standen 2025 in Hamburg leer. Jedoch kann die Umwandlung von Büroleerstand in Wohnungen auch bei voller Ausschöpfung des Potenzials nur einen sehr kleinen Beitrag (etwa 6 % des vom BBSR berechneten Wohnungsneubedarfs von 2026 bis 2030) leisten. Die Umnutzung als ressourcenschonender Ansatz zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Hamburg wird bislang nicht konsequent verfolgt.

Die Wohnungsbestandspolitik muss in allen Facetten konsequent sozial ausgestaltet werden. Dabei muss die Förderung von ökologischen und sozialen Anliegen durch eine behutsame, alte Wohnungsbestände erhaltende Wohnungspolitik im Zentrum stehen. Die Mieten müssen auf ein für Mieter*innen erträgliches Maß zurückgeführt werden (max. ein Drittel des Einkommens).



Wir fordern:

- Bestandssicherung statt Abriss.
- Eine Wohnungspolitik, die den Anteil des Wohnungsbestandes, der von gemeinnützigen und anderen nicht profitorientierten Unternehmen bewirtschaftet wird, jährlich erhöht.
- Entwicklung weiterer Instrumente, die den vorhandenen Wohnungsbestand besser fürs Wohnen erschließen: Zurückdrängen der Zweckentfremdung wie etwa durch Gewerbe und Ferienwohnungen sowie die Implementierung von Instrumenten, die dem durchschnittlich steigenden Quadratmeterkonsum pro Person entgegenwirken (z. B. Schaffung des Rechts, den Quadratmeterpreis bei Wohnungstausch in eine kleinere Wohnung auch vermietungsübergreifend mitzunehmen).
- Energetische Modernisierungskosten dürfen nur in dem Maß auf die Mieten umgelegt werden, wie tatsächlich Energiekosten eingespart werden. Bundesgesetzliche Einführung eines Mietendeckels.
- Schaffung einer landesgesetzlichen Grundlage (»Bezahlbare-Mieten-Gesetz«), damit alle Eigentümer*innen mit mehr als 20 Wohnungen bei Neuvermietungen jede dritte Wohnung zu Konditionen des 1. Förderwegs im sozialen Wohnungsbaus vermieten und dabei der Stadt Belegungsrechte für vordringlich Wohnungssuchende einräumen.
- Konsequente Ausrichtung des bereits vorhandenen Sozialwohnungsbestands auf die Versorgung von Menschen, die in besonderer Not sind. Der Senat kann sofort wegen des erhöhten Wohnungsbedarfs auf der Grundlage von § 4 HambWoBindG eine Rechtsverordnung erlassen, dann kann sofort jede freiwerdende Sozialwohnung an besonders bedürftige, v. a. anerkannt vordringlich wohnungssuchende Haushalte vermietet werden.
- Reform des Mietenspiegels, so dass er eher preisdämpfend als preistreibend wirkt – z. B. Berücksichtigung aller (auch der unveränderten) Mieten.
- Ein Verbot der dauerhaften Vermietung »möblierter Wohnungen«, denn damit wird die Mietpreisbremse umgangen.
- Einen Wohngebäude-TÜV schaffen mit der Verpflichtung, dass Eigentümer*innen auf eigene Kosten regelmäßig Gutachten über die Statik und den baulichen Zustand des vermieteten Hauses bei der zuständigen Baubehörde vorzulegen haben.
- Ausreichende Ausstattung der Behörden, damit sie die Zweckentfremdung von Wohnungen verfolgen können. [...]

VSA: Bücher zum Vertiefen & Weiterlesen!

Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen
Fakten, Hintergründe, Vorschläge
176 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-249-3



Dieter Klein
Hoffnung in dunklen Zeiten
Auf der Suche nach einer Großen
humanistischen sozialistischen Erzählung
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-283-7



**U. Bochum/J. Butler/
K. Kohlmeyer/S. Odenwald**
**Berlin: I(l)ebenswert,
innovativ, rebellisch**
Die wachsende Stadt muss
für alle bezahlbar gemacht
werden
228 Seiten | € 14.00
ISBN 978-3-96488-271-4



**ABC zu Menschen,
die Linke kennen sollten**
Von Wolfgang Abendroth
über Otto Brenner, Angela
Davis und Mikis Theodorakis
bis Clara Zetkin. Vorgestellt
von Hartmut Meine
144 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-279-0



Clara Zetkin
Der deutsche Stalinismus
Eine politische Abrechnung in zwei Briefen,
herausgegeben von Jörn Schütrumpf
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-280-6

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

Kulturtipp

»Um das Urteil der Welt ist mir nicht bange« In Erinnerung an Zenzl Mühsam

Von Michael Joho



Grafik von Birgit Kiupel (Bildquelle [Rosalux](#))

Viele kennen – zumindest vom Namen her – Erich Mühsam (1878–1934), den bärtigen Schriftsteller, den bekennenden Anarchisten und Pazifisten, den Kämpfer der Münchner Räterepublik 1919. Noch in der Nacht des von den Nazis selbst gelegten Reichstagsbrandes am 28. Februar 1933 wurde er festgenommen, ins KZ Oranienburg verschleppt und dort von den SS-Scheren bestialisch gequält und schließlich am 10. Juli 1934 ermordet. »Sich fügen heißt lügen«, lautet vielleicht sein bekanntester Aphorismus. Doch wer war nun Zenzl Mühsam, geborene Elfinger (1884–1962)? Klar, sie war die Ehefrau von Erich Mühsam und mit ihm seit 1915 verheiratet. Während ihr Mann nach der blutigst niederkartätschten Münchner Räterepublik im Kerker schmorte, organisierte sie seine Versorgung, setzte sich aber auch für die inhaftierten Revolutionäre ein und gehörte 1924 zu den Mitbegründer*innen der »Roten Hilfe Deutschlands«.

Auch Zenzl war Anarchistin, der nach dem Tod ihres Mannes gerade noch die Flucht nach Prag gelang. Ab 1935 hielt sie sich in Moskau auf und wurde 1936 erstmals vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und damit Opfer des stalinistischen Terrors. Jahrelang war sie ins Arbeitslager verbannt und kam erst 1954 wieder frei. Ihre letzten Jahre verbrachte sie in der DDR.

Es ist dem Hamburger Trio »La Cumpaneia« – bestehend aus Wiebke Johannsen (Wort), Dr. Birgit Kiupel (Bild) und Melanie Mehring (Musik) – zu verdanken, Licht in das verbreitete Dunkel um diese großartige Frau zu bringen. Und zwar auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Donnerstag, den 19. November**, um 19.30 Uhr im **Kulturladen St. Georg** (Alexanderstraße 16). Titel: »Zenzl Mühsams Selbstbehauptung«.

»Um das Urteil der Welt ist mir nicht bange«, mit diesen Worten wehrte sich Kreszentia »Zenzl« in einem offenen

Brief an den NS-Minister Frick gegen die Verleumdungen ihres Mannes. Sie hatte unmittelbar nach seiner Ermordung die Schrift »Der Leidensweg Erich Mühsams« verfasst. »Dass sie rund 20 Jahre in Gefängnissen und Lagern der Sowjetunion verbrachte und überlebte«, so die Veranstalterinnen, das »lag auch an ihrem Einsatz für die Schriften ihres Mannes. Niemals sollte der Sprengstoff seiner Schriften wirken – auch nicht in der DDR [...] Zenzl verdanken wir die Rettung des Mühsamschen schriftlichen Dynamits. An diesem Abend wollen wir erinnern an die Lebens- und Liebesgemeinschaft zweier Anarchisten, verfolgt von Nationalsozialisten und – was die Exilantin Zenzl angeht – von Nationalsozialisten und Stalinisten.« ➡



Glastafel in Erinnerung an Zenzl Mühsam, 2024 angebracht an ihrem letzten Wohnhaus in der Berliner Binzstraße 17 ([Bildquelle](#))

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg